Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 48. Mittwoch, den 26. Februar 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

Arbeitskammern.

I.

Dem neusten sozialpolitischen Produkt der Blockära, dem Gesetzentwurf über die Schaffung von Arbeitskammern, widmet Genosse Robert Schmidt in den „Sozialistischen Monatsheften" eine kritische Abhandlung, die um so mehr Beachtung verdient, als Schmidt als Vorsteher des Zentralarbeitersekretariats über eine besonders umfassende sozialpolitische Kenntnis verfügt. Schmidt knüpft an den Wortlaut des Februarerlasses von 1890 an und fährt dann fort:

Nach 18 Jahren ein Gesetzentwurf, der versucht, das in diesem Erlaß gegebene Versprechen einzulösen, ohne die Hoffnungen und Wünsche zu erfüllen, die an die Ära der sozialpolitischen Ankündigungen mit aller Vorsicht geknüpft werden konnten. Es hat einer langen Überlegung bedurft, ehe die Regierung den Schritt wagte, den Arbeitern das zu gewähren, was in der langen Wartezeit ohne Zögern dem Unternehmer dargeboten wurde. Im Jahre 1894 wurde in Preußen durch ein Gesetz die Organisation der Landwirtschaftskammer geregelt, 1897 in einer Novelle der Handelskammer eine neue Grundlage gegeben und im gleichen Jahre durch eine Novelle zur Gewerbeordnung die Handwerkskammern ins Leben gerufen. Organisationen, die ohne Verbindung mit einer Arbeitervertretung blieben, es sei denn, daß man die in der Regel zu den Beratungen der Handwerkskammer überhaupt nicht zugelassenen Gesellenausschüsse für eine Arbeitervertretung hält.

Die Vorlage, die die Regierung dem Bundesrat unterbreitet, weist in der Arbeitskammer nicht etwa dem Unternehmer dieselbe bedeutungslose Stellung zu wie den Arbeitern in der Handwerkskammer, sondern hier ist auf einmal die paritätische Vertretung der Unternehmer und Arbeiter vorgesehen. Der „freie und friedliche Ausdruck der Wünsche der Arbeiter", um an den Wortlaut des kaiserlichen Erlasses anzuknüpfen, soll nach dem Gesetzentwurf nur mit Genehmigung der Unternehmer geschehen. Denn bei Gutachten, die die Arbeitskammer abgibt, soll der Vorsitzende mit seiner Entscheidung ausscheiden, wenn jede Partei auf ihrem Standpunkt beharrt. Das heißt, es muß mindestens ein Unternehmer den Anschauungen der Arbeiter beitreten, damit der Standpunkt der Arbeiter Bedeutung erhält. Der freie Ausdruck der Wünsche der Arbeiter wird auf diese Art vollständig unterdrückt. Im Vergleich hierzu ist die Stellung des Gesellenausschusses bei den Handwerkskammern unabhängiger. Der Gesellenausschuß kann bei Gutachten der Handwerkskammer, die seiner Auffassung entgegenstehen, seinen entgegengesetzten Standpunkt besonders begründen. Es ergibt sich damit zugleich das Unhaltbare der paritätischen Grundlage der Arbeitskammern; viel zweckentsprechender ist es, wenn die Unternehmer in der Handels-, Gewerbe-, Handwerks-, Landwirtschaftskammer, in den Berufsgenossenschaften ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten und die Arbeiter in der Arbeiterkammer ihre Vertretung haben, ohne Mitwirkung der Unternehmer. Es ist töricht zu glauben, daß die wirtschaftlichen Gegensätze überbrückt werden, wenn beide Teile gemeinsam in der Arbeitskammer wirken. Nur für bestimmte Aufgaben wird eine paritätische Grundlage der Vertretung zu empfehlen sein; so für die Verwaltung des Arbeitsnachweises, bei der Förderung von Tarifabschlüssen, bei Schlichtung von Streitigkeiten. Für diese Zwecke könnte eine besondere gemeinsame Beratung der Handels-, Handwerks- und Arbeiterkammern vorgesehen werden; die sozialpolitischen Aufgaben, die die Arbeiter angehen, überlasse man den Arbeitern selbst; die Bevormundung muß zurückgewiesen werden.

Recht unglücklich löst der Entwurf die Abgrenzung der Arbeitskammern. Es hätte außerordentlich nahe gelegen, für jeden Bezirk einer Handwerkskammer eine Arbeitskammer einzusetzen; statt dessen will man die Organisation nach den Bezirken der Berufsgenossenschaften gliedern. Diese Bezirke sind aber nicht einheitlich, sondern bilden ein buntes Durcheinander. Die eine Berufsgenossenschaft ist über ganz Deutschland ausgebreitet ohne jede Sektionsbildung, eine andre über einen oder mehrere Bundesstaaten mit sehr zahlreicher Sektionsbildung; einer solchen Regellosigkeit die Arbeitskammerbezirke nachzubilden wurde doch wohl vorgeschlagen, ohne daß man vorher die praktische Durchführbarkeit näher untersucht hätte.

Die Zersplitterung der Arbeitskammern in Angliederung an die Berufe muß ihre Bedeutung und ihre Tätigkeit von vornherein erheblich verringern. Wenn die Handwerker in ihren Handwerkskammern ohne Bildung besonderer Kammern für den Beruf auskommen, dann wird das wohl auch für die Arbeiter in der Arbeitskammer möglich sein. Dabei können solche Kammern sehr gut nach Berufsvertretern zusammengesetzt sein und Abteilungen für die einzelnen Berufe bilden. In einer Arbeitskammer wäre weiter auch die Vertretung der Techniker, Werkmeister, Ingenieure und Handelsangestellten im besonderen Wahlgange zu empfehlen, denn das Ausscheiden der Handelsangestellten aus der Arbeitskammer, wie es der Regierungsentwurf vorsieht, entbehrt jeder stichhaltigen Begründung.

Natürlich wäre das Proportionalwahlrecht allgemein zu fordern, denn in diesen Korporationen müssen alle Richtungen der Arbeiterbewegung vertreten sein. Wenn aber die Begründung der Regierungsvorlage besagt, daß die Verhältniswahl für die Wahlen der Arbeitnehmervertreter wünschenswert sei, ihre Anwendung aber nicht in allen Fällen unbedenklich erscheine, so erkennt man recht deutlich die Absicht je nach der politischen Strömung der Arbeiterschaft in dem einen Bezirk durch die Verhältniswahl den Einfluß der Sozialdemokraten zu mindern, in dem andern mit der einfachen Majoritätsentscheidung auszuschalten. Dieser täppische Versuch, den Einfluß sozialdemokratischer Arbeiter auszuschalten, kennzeichnet so recht die Tendenz des Gesetzentwurfs, der nur darauf ausgeht, eine möglichst einflußlose Organisation zu schaffen. Wie soll nun diese Arbeitervertretung in der Arbeitskammer gewählt werden? Die Regierungsvorlage schreibt vor: die Hälfte der Vertreter wählen die Arbeiterausschüsse in den Fabriken, die andere Hälfte die Vertreter der Arbeiter bei den Berufsgenossenschaften. Der Regierung scheinen da die Schönheiten des preußischen Wahlrechts vorgeschwebt zu haben. Wenn man auf eine indirekte Wahl kam, hätte man wohl eventuell auf die Gewerbegerichtsbeisitzer zurückgreifen können, aber nicht auf die Arbeiterausschüsse. Die Errichtung von Arbeiterausschüssen ist ganz dem Gutdünken des Fabrikanten anheimgegeben, einen Zwang zur Bildung solcher Ausschüsse kennt die Gewerbeordnung nicht. Es gibt noch Betriebe mit Tausenden von Arbeitern, welche keine Spur eines Arbeiterausschusses haben.

Alle diese Arbeiter scheiden bei dem Wahlrecht auf dieser indirekten Grundlage aus; deshalb sieht die Vorlage für den Fall, daß überhaupt keine Arbeiterausschüsse im Bezirk der Arbeitskammer bestehen, die Wahl aller Vertreter seitens der Arbeitervertretung der Berufsgenossenschaften vor. Die Vertreter in den Berufsgenossenschaften gehen aus einem sehr komplizierten indirekten Wahlsystem hervor. Es wählen nämlich die Arbeiter in den Vorständen der Orts-, Gemeinde- und Betriebskassen Vertreter der Arbeiter zu den unteren Verwaltungsbehörden, diese wählen dann den Ausschuß der Landesversicherungsanstalt, und der Ausschuß bestimmt die Arbeitervertreter bei den Berufsgenossenschaften. Diese Vertreter sollen bei Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften oder bei Erlaß von Verordnungen seitens des Bundesrats oder der Landes-Zentralbehörden betreffend die Innehaltung sanitärer Vorschriften (§ 120e der Gewerbeordnung) als Gutachter zugezogen werden. Es vergehen oft Jahre, ohne daß die Arbeitervertreter der Berufsgenossenschaften zu einer Beschlußfassung hinzugezogen werden, weil, wenn die Unfallverhütungsvorschriften einmal erlassen sind, nur ganz selten Änderungen vorgenommen werden, und der Bundesrat auch nicht so viele Verordnungen produziert, daß zu Beratungen oft Gelegenheit gegeben wäre. Und eine solche siebenmal gesiebte Arbeitervertretung soll den Wahlkörper für die Arbeitervertretung in der Arbeitskammer abgeben? Das wird wohl selbst den frommen, christlich-nationalen Arbeitern als starke Zumutung erscheinen, als krasseste Nichtachtung der Gefühle und Empfindungen der Arbeiter. Wie zu den Gewerbegerichten eine direkte Wahl möglich ist, wird auch hier unter allen Umständen ein gleicher Wahlmodus gefordert werden müssen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Nachdem am Dienstag der Reichstag zunächst debattelos das Telefunken- und das Scheckgesetz in dritter Lesung angenommen und die Vorstellung von Stengels sel. Erben, Herrn Sydow, entgegengenommen hatte, setzte er die Beratung des Justizetats fort. Der Pseudoarbeiterführer Schack verbreitete sich über die Konkurrenzklausel, wobei er seinem ursprünglichen unbedingten Verdammungsurteil ein abschwächendes „Aber" anhing und sich mit einer Milderung zufrieden erklärte, die denn auch für unbestimmte Zeit der Staatssekretär Nieberding in Aussicht stellte. Dann erging sich der Generalissimus der Reichsverbändler über die Frage der Deportation in langen Ausführungen. Die idyllische Schönheit gewisser Südseeinseln malte er in so verlockenden Farben, daß nun wohl bald der ganze Reichsverband dorthin auswandern wird. Vorläufig scheint übrigens die Regierung auf den Deportationsleim nicht kriechen zu wollen. — Der Pole v. Chrzanowski schilderte den lächerlichen Krieg, den die hakatistische Justiz des Ostens gegen die Bilder Koscinskis und Poniatowskis führt und Herr Roeren regte sich sittlich über wirklich oder angeblich unsittliche Bücher und Bilder auf. Dieselbe Rechte, die den Zentrumsredner niedergebrüllt hatte, als er den Dernburgianismus angriff, jubelte ihm diesmal zu. Einen nicht unverdienten Heiterkeitserfolg erzielte am Schlusse seiner Rede Herr Roeren, als er mit einem gewissen Geschick Produkte aus Müller-Meiningens Dichterwerkstatt der Mit- und Nachwelt mitteilte. — Genosse Heine schilderte an einem konkreten Beispiele, wie dieselbe Staatsanwaltschaft, die des Streikbrechers zerbrechliche Ehre verteidigt, wie die Löwin ihre Jungen, kein öffentliches Interesse entdeckt, wenn die schmutzigsten Verleumdungswogen der Kronsbeinkloake sich über sozialdemokratische Abgeordnete ergießen. Es handelt sich um die bekannte infame Verleumdung, die irgend ein Tintenkuli der „Post" aus seinen schmierigen Pfoten gesaugt hat, und die natürlich des Wiemers und des Dividendenmüllers Organ für Ehrabschneiderei, die „Freisinnige Zeitung", mit innigem Behagen weiter verbreitet hat. Die Staatsanwaltschaft hat selbst anerkennen müssen, daß die Verleumdungen der „Post" gegen Richard Fischer völlig aus der Luft gegriffen sind, aber die Erhebung der Anklage hat sie abgelehnt. Das ist das gleiche Recht für alle, das im heiligen Deutschen Reiche preußischer Nation herrscht. — Zu einer Justizdebatte gehört eine Kraftrede, wie der Kuhdreck zur Dorfstraße. Kreth ist zu sehr Clown, um als Scharfmacher ernst genommen zu werden und wiederum zu dumm und zu plump, um selbst als Clown dem januschauerlichen Oldenburg oder dem Sonnenberger Liebermann erfolgreiche Konkurrenz zu machen. Nur dadurch, daß die parlamentarische Junkerschaft durch die bekannten Tierlaute ihre Zustimmung zu den Ausbrüchen des Krethinismus kundgibt, gewinnt das blöde und zugleich brutale Geschwätz des Blockbruders der Mugdanesen Bedeutung. Wie weit übrigens der Krethinismus auch auf der linken Blockseite Schule gemacht, bewies Siegfried Heckscher, der Blockjüngling, der nach Kreth auf die Tribüne stolperte, den Rest des letzten Krethschen Wasserglases ausleerte, und unter verständnisinnigem Beifallgeheul der Maltzangilde ein paar Unflätigkeiten gegen Stadthagen ausstieß. In persönlichen Bemerkungen wuschen die Genossen Heine und Stadthagen den diversen Blockbrüdern die schmutzigen Köpfe. Die Abstimmung über die Resolutionen finden die Leser im Bericht. Daß der Block Schluß machte, nachdem die Kreth und die Heckscher ihren geistigen Unrat abgeladen haben, gehört so zum Wesen des neuhottentottischen Parlamentarismus, ebenso die lachhaften Unbehilflichkeiten und groben Parteilichkeiten, die sich der Hottentottenhaus aus dem Präsidentenstuhle alias Herr Johannes Kämpf wieder einmal in ungezählter Masse zuschulden kommen ließ. — Am Mittwoch soll der Rest des Justizetats, außerdem Petitionen und Wahlprüfungen erledigt werden.

Der Finanzjammer.

Die amtliche Zusammenstellung der Reichseinnahmen für den Januar 1908 läßt erkennen, daß auch dieser Monat wieder bei dem Vergleich mit dem Vorjahre bei den meisten Einnahmequellen einen Fehlbetrag zeigt, der sich jetzt auch auf die Zölle erstreckt. Die Börsensteuer, die meisten neuen Steuern und die Reichspostverwaltung usw. haben im Januar Erträge erzielt, die weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Man kann, soweit sich dies nach den bisher verlaufenen zehn Monaten des Etatsjahres beurteilen läßt, bei den Zöllen nur auf einen Überschuß von etwa 45 Mill. Mk. gegenüber dem Etatsanschlag rechnen, der größte Teil davon wird aber dem Hinterbliebenenversicherungsfonds zugute kommen. Die Verbrauchssteuern, Reichsstempelabgaben, reichseigenen Steuern und sonstigen Reichseinnahmen werden wohl einen Fehlbetrag von zusammen mindestens 40 Millionen Mark ergeben, an dem die neuen Steuern mit etwa 30 Millionen Mark, eher mehr als weniger, beteiligt sind.

Die Finanzlage des Reiches gestaltet sich also noch immer übler als bisher schon. Gleichwohl können sich die patriotischen und nationalen Steuerkünstler absolut nicht entschließen, die Not des Reiches durch Heranziehung der besitzenden und reichen Klassen zu lindern.

Eine tolle Wirtschaft.

Wir haben schon mitgeteilt, daß der südwestafrikanische Kolonialkrieg 384 Mark gekostet hat. Bei dieser Feststellung in der Budgetkommission des Reichstages ist aber noch etwas aufgedeckt worden, das an russische Zustände

erinnert. In der Kommission betonte Unterstaatssekretär Lindequist die Unmöglichkeit, ein möglichst vollkommenes Bild zu geben. **Über Millionen von Ausgaben seien Abrechnungen überhaupt nicht vorhanden, die Beläge zum Teil abhanden gekommen.** Viele Quittungen seien nur Zettel. Eine Reihe von Beamten, die früher in Schutzgebieten tätig waren, sind nicht mehr dort oder gestorben. Schließlich wurde auf Antrag Semlers eine Summe von 100 000 Mark für Abrechnungszwecke eingestellt. Ein Geheimrat meinte sogar, die Prüfung der Abrechnungen werde 1¼ Millionen Mark kosten und mehrere Jahre dauern. — Es genügt, diese Tatsachen ohne ein Wort der Kritik zu registrieren.

Über die Finanzen der Großmächte

bringt die „Köln. Ztg." ein längeres Exposé, durch das bewiesen werden soll, daß der Deutsche doch eigentlich gar kein Grund zum Klagen habe, indem die Staatsfinanzen anderer Länder ungünstiger seien als die deutschen. Abgesehen davon, daß es ein schlechter Trost für den Leidenden ist, wenn er erfährt, daß es Menschen gibt, die noch etwas schlimmer daran sind, beweist die Auseinandersetzung der „Köln. Ztg." auch garnicht das, was bewiesen werden soll. Das Blatt vergleicht den Etat der einzelnen Großmächte mit den Schulden derselben, woraus sich ergibt, daß die Schulden des Deutschen Reichs und der Einzelstaaten gegenüber den Gesamtausgaben bezw. Einnahmen des Reichs und der Einzelstaaten wesentlich geringer sind als in den meisten der übrigen Staaten. Daß man damit nichts beweisen kann ist klar; man brauchte nur den Ausgabeetat immer höher zu schrauben, z. B. für die unproduktiven Militär- und Marinezwecke und dann durch Steuern schlimmster Art auf das Volk drücken, um die Ausgaben zu decken. Wollte dann ernsthaft jemand behaupten, daß dieser hohe Etat ein Zeichen des Wohlstandes, ein Merkmal guter Finanzverhältnisse sei? Wie es damit aussieht, beweist ja die derzeitige Finanzkalamität des Reichs.

Die „Köln. Ztg." meint freilich, der auffallend hohe Etat des Reichs und der Bundesstaaten sei zurückzuführen auf die staatlichen Erwerbszweige wie Eisenbahnen, Domänen, Bergwerke usw., die andere Länder nicht in dem Maße besitzen. Das erklärt aber doch nur zu einem Teil die außerordentlich starke Differenz. Der Etat Frankreichs beträgt z. B. 3 Milliarden 24 Millionen. Der Etat des Deutschen Reichs mit den Bundesstaaten aber 7 Milliarden 189 Millionen. Es ist kein Zweifel, daß der föderative Charakter des Deutschen Reichs, die 26 verschiedenen Regierungen neben der Reichsregierung und die 22 Zivillisten für die regierenden Fürsten die Etats der deutschen Staaten außerordentlich steigern. Nun meint freilich auch die „Köln. Ztg.", wenn man die Schuldenlast pro Einwohner berechne, stände sich Deutschland besser als Frankreich und England. Auch mit dieser Rechnerei beweist man nichts für die nackte Wirklichkeit, denn sonst würden die Finanzverhältnisse Rußlands als günstiger bezeichnet werden müssen, wie die deutschen. Und dies wird ja wohl selbst die „Köln. Ztg." nicht gelten lassen wollen.

Zur preußischen Wahlrechtsbewegung

wird dem „Vorwärts" aus dem Parteibureau geschrieben: Wegen eines Zusammengehens mit bürgerlichen Parteien sind in letzter Zeit verschiedene Anfragen an die Parteileitung gekommen. Der Parteivorstand und der geschäftsführende Ausschuß der preußischen Landeskommission haben gegenüber diesen Anfragen den Standpunkt vertreten, daß ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien, dergestalt, daß gemeinsame Versammlungen einberufen werden, nicht in Frage kommen kann. Die preußische Landeskommission hat sich diesem Beschlusse angeschlossen. Will sich ein Genosse in Versammlungen, die von bürgerlicher Seite einberufen sind, an der Diskussion beteiligen, so ist ihm das natürlich unbenommen.

Mit Rußland ein Herz und eine Seele.

Einige russische Zeitungen hatten behauptet, Deutschland vertrete in der Orientfrage mehr die Interessen Österreichs als Rußlands. Das wäre zwar naheliegend, da Österreich zum Dreibund gehört und in der Frage, um die es sich jetzt handelt selbstverständlich, da Österreich den Fortschritt vertritt; allein den oben genannten „Vorwurf" kann Deutschland, d. h. die Berliner Regierung, nicht auf sich sitzen lassen. Auf Hinterwegen hat man sich ein Dementi bestellt, das die Berliner „Börsen-Zeitung" veröffentlicht. Es ist angeblich das Urteil eines russischen, in der auswärtigen Politik gut versierten Staatsmannes. Dieser erklärte: alle in der Presse erschienenen Gerüchte über eine Zuspitzung der Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland entbehren jeder Begründung. Die Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg sind nie freundschaftlicher und inniger gewesen als gerade jetzt. Die Interessen Rußlands und Deutschlands in Fragen des nahen Orients kollidieren in keiner Weise und werden, den Grundsätzen unserer auswärtigen Politik entsprechend, so wahr genommen, wie es der traditionellen Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland entspricht. — Nur dem russischen Absolutismus keine Schwierigkeiten bereiten, das ist für die Bülowisten immer eine Hauptsache.

Diebesbande auf dem Rathaus.

Der Offenbacher Kommunalskandal zieht weitere Kreise, drei Gemeindebeamte sind bereits verhaftet und gegen mehrere sind noch Verfahren im Gange. Den vollen Umfang der Veruntreuungen kennt man noch nicht, es steht aber fest, daß sie bereits im Jahre **1892** begonnen und allein in der Kasse des Rendanten Grebe die Höhe von mindestens 50 000 Mark erreicht haben. Sein Sohn, der Oberbuchhalter Grebe, ist an dem Treiben beteiligt; er verwaltete im Nebenamt die Kasse der Handelskammer und hat sie „nebenamtlich" um 3000 Mark erleichtert. Ein zweiter Sohn Grebes ist als Steuererheber angestellt, ihm fehlen 1900 Mark in der Kasse. Es scheint jedoch, als habe er sich daran nicht bereichert, sein Gehilfe Amberg ist geständig, das Geld veruntreut zu haben. Amberg wurde verhaftet. Gewußt hat auch der Steuereinnehmer Grebe längere Zeit von den Unterschlagungen, ohne sie anzuzeigen, also etwas muß auch bei ihm nicht in Ordnung sein. Verhaftet wurden weiter der Rendant Grebe und der Oberbuchhalter Grebe. Ein Beamter Müller wird verfolgt wegen eines Mankos von 1800 Mark, dieser hat das Geld bereits ersetzt und es fragt sich, ob ihm strafrechtlich beizukommen ist, denn er stand im Verrechnungsverhältnis. Mehrere Beamte werden von anderen Beamten des Diebstahls bezichtigt.

Die Affäre ist das Produkt bürgermeisterlicher Selbstherrlichkeit, zu laxer Kontrolle, verwaltungstechnischer Rückständigkeit (an der die Kassen der meisten Gemeinden Hessens kranken) und einer auf den Gipfel getriebenen Beamten-Inzucht, zu gut deutsch gesagt: Vetternwirtschaft. Die Familie Grebe stellte der Gemeinde die Kassenbeamten bereits seit dem 17. Jahrhundert! Das Amt war erblich. Auch mit andern Beamten aus der Vetternschaft wurden trübe Erfahrungen gemacht, Oberbürgermeister Brink aber hielt die Leute gegen den Einspruch der Stadtverordneten. In einem Falle besoldete Brink einen Beamten, dessen Gehalt die Stadtverordneten verweigert hatten, aus seinem (selbstverständlich auch der Stadt gehörenden) Dispositionsfonds. Ein Sekretär Kost (dieser Fall ist allerdings schon 1898 passiert und entschied damals die Kommunalwahl zugunsten unserer Genossen) auf dem Ortsgericht (Grundbuchamt) hatte ein ekelhaftes Bestechungs- und Schmiergeldersystem geübt; der Beigeordnete (zweiter Bürgermeister) Wolff verlangte Kosts Entlassung — Oberbürgermeister Brink verweigerte sie. Wolff half sich selbst, indem er gewaltsam den Menschen aus dem Amtslokal beförderte, er brachte aber dadurch die „Gutgesinnten" gegen sich auf und mußte schließlich das Feld räumen. Den jetzt verhafteten Amberg hat Brink angestellt gegen den Einspruch des Beigeordneten und obgleich Amberg viermal wegen Eigentumsvergehen vorbestraft ist.

Die alten „wohlgesinnten" Offenbacher Familien meinten schließlich, sie hätten die Ansprüche auf Ämter in Erbpacht. Als unter sozialdemokratischer Mehrheit ein sozialdemokratisch gesinnter Bauarbeiter, der viele Jahre lang als Obmann der Bauarbeiterschutzkommission fungiert hatte, als städtischer Baukontrolteur angestellt wurde, schrieb die nationalliberale Offenbacher Zeitung ganz offen, das sei der krasseste Parteiterrorismus, es hätte sich doch gehört, einen Techniker aus guter Familie zu wählen. Und als, um endlich die in jahrzehntelanger Wirtschaft der „Gutgesinnten" schauderhaft verlodderten Akten in Ordnung zu bringen (Oberstadtsekretär Schmidt hat allein mehrere hundert Akten verbummelt!), von auswärts ein tüchtiger Registrator gewonnen werden sollte, gab es ein Mordshallo über diese „neue Wirtschaft der Hergeloffenen."

Jetzt hat man nun die Bescherung! Aber wenigstens bleibt der Trost, daß die Generalspitzbuben gut nationale Offenbacher Männer sind. Die beiden verhafteten Grebe waren Hauptschreier gegen den schändlichen sozialdemokratischen Terrorismus; sie brachten es fertig, dem scheidenden Brink einen großen Fackelzug als Ehrung vorzuführen. Als bei der letzten Stadtverordnetenwahl infolge des Dullo-Rummels die Sozialdemokratie unterlag, veranstalteten die Grebe ein Champagnergelage. Alles von Gemeindegeldern!

Nervöses Zittern.

Die Zustände im Freisinnslager werden von der „Kreuzzeitung" folgendermaßen beurteilt:

> Immer deutlicher stellt sich heraus, daß die freisinnigen Vereine, auch die der Volkspartei, von ihren parlamentarischen Führern überschätzt worden sind. Eine freisinnige Parteiversammlung nach der andern verfällt der demagogischen Suggestion und sagt sich von der Blockpolitik los. Die Warnungen der Parteipresse sind ungehört verhallt. Vergeblich hat sie den Wählern vorgestellt, daß man mit der Fortsetzung der früheren Oppositionspolitik weder der Sozialdemokratie noch den weiter rechts stehenden Parteien Abbruch tue, auch auf die Regierung keinen Eindruck machen könne, daß vielmehr die Abkehr der Freisinnigen von der Blockpolitik nur der „Reaktion" förderlich sein würde. Das alles wurde mit Tatsachen und Zahlen klar erwiesen, und es hat gar keinen Eindruck gemacht. Die in der parlamentarischen Arbeit erfahrenen politisch geschulten Führer haben die Einsicht ihrer Gefolgschaft, sie haben den eignen Einfluß überschätzt — und nun stehen sie mit nervösem Zittern vor einer Opposition im eignen Lager, die alles wieder einreißen will, was sie aufgebaut hatten.

Ist auch an dieser Darstellung manches übertrieben, so zeigt sie doch, in wie hohem Grade die Wahlrechtsbewegung dem Fürsten Bülow das Konzept seiner Blockpolitik verdorben hat. Sie zeigt aber auch, daß das „nervöse Zittern" nicht nur sich auf die freisinnigen Führer beschränkt, sondern schon bedenklich in den Reihen der Reaktion sich bemerkbar macht.

Die Hereros

bleiben in der Kriegsgefangenschaft. Der diesbezügliche Erlaß des Gouverneurs trat nicht in Kraft, weil in letzter Zeit viele Hereros entlaufen sind. Trotzdem meinen wir, daß die Aufhebung der Kriegsgefangenschaft dennoch ein Gebot der Notwendigkeit ist.

Rußland.

Für 25 Kopeken. Aus Mitau (Kurland) wird vom 18. d. M. telegraphisch gemeldet, daß das Kriegsgericht die Brüder Bernhard wegen Raub von 25 Kopeken zum Tode, Pitkewitsch zu lebenslänglicher und Ferman zu zwölfjähriger Zwangsarbeit verurteilte.

Der Verkehr mit Abgeordneten. Man schreibt aus Petersburg: Die Behörden sind eifrigst bemüht, jeglichen Verkehr der Bevölkerung mit der dritten Duma zu verhindern. Man befürchtet, daß die „Herrenduma" sich vielleicht doch für die Volksrechte erwärmen könnte. Dieser Eifer geht so weit, daß auch gewöhnliche Telegramme an Abgeordnete mit der Adresse „Taurisches Palais" von den Telegraphenbureaus nicht aufgenommen werden. So geschah es dieser Tage auf der Telegraphenstation in Kalatsch a. Don. Auf dieser Station wurde ein Telegramm an den Abgeordneten Rosanow nach dem Taurischen Palais dem Beamten übergeben. Dieser erklärte aber, daß er dieses Telegramm nicht abfertigen dürfe, weil eine Verfügung vorliegt, keine Telegramme, welche an die Duma adressiert sind, zu befördern. Erst zwei Tage darauf, als der Absender eine Unterredung mit dem Postchef gehabt hatte und dieser den Text des Telegramms eingesehen hatte, wurde es befördert.

Spanien.

Die Anarchistenfurcht treibt hier sonderbare Blüten. Der Minister des Innern hat in einem im Amtsblatte veröffentlichten Erlaß angeordnet, daß innerhalb Monatsfrist in jedem Hause ein Pförtner angestellt werde, der eine genaue Überwachung des seiner Obhut anvertrauten Hauses durchzuführen habe, als behördlicher Agent angesehen und die Befugnis zur Verhaftung von Übeltätern haben wird. — Durch diese Maßregeln wird man das gerade Gegenteil von dem erreichen, was man bezweckt.

Japan.

Finanzkrisis. Der Londoner „Daily Expreß" meldet aus Kobe, daß in Japan eine ernste finanzielle Panik ausgebrochen sei. In den letzten Wochen hätten zwölf japanische Firmen in Osaka, Kyoto und Kobe, die in der Mehrzahl der Metallindustrie angehören, ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiven betragen annähernd 500 000 Pfd. Sterling. Drei kleine Banken in Tokio sind fallit geworden. Auf andere Banken würden Runs veranstaltet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 26. Februar.

Zuzug nach der Grevesmühler Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Achtung Bäcker! Die Gesellen der „Fahrenkruger Brotfabrik" befinden sich im Streik; kein organisierter Bäcker darf dort Arbeit annehmen.

Vorschriften für die Errichtung und den Betrieb elektrischer Starkstromanlagen im lübeckischen Staatsgebiete. Der Senat hat beschlossen und verordnet hierdurch: § 1. Alle im hiesigen Staatsgebiete neu anzulegenden elektrischen Starkstromanlagen, die nach dem 29. Febr. 1908 fertiggestellt werden, sind nach den vom Verbande Deutscher Elektrotechniker herausgegebenen „Vorschriften für die Errichtung elektrischer Starkstromanlagen nebst Ausführungsregeln" vom Jahre 1907 herzustellen und in einem diesen Vorschriften entsprechenden Zustande zu erhalten. Für die bis zum 29. Februar 1908 fertiggestellten Anlagen genügt es, wenn sie den bei ihrer Herstellung geltenden, vom Verbande Deutscher Elektrotechniker herausgegebenen Sicherheitsvorschriften entsprechen; Erweiterungen und Erneuerungen solcher Anlagen sind jedoch nach den im vorigen Absatz bezeichneten Vorschriften vom Jahre 1907 herzustellen und zu unterhalten. § 2. Wer eine elektrische Starkstromanlage neu herstellen oder eine bereits vorhandene elektrische Starkstromanlage erneuern oder erweitern oder solche Anlagen in Betrieb nehmen will, hat dies dem Polizeiamt unter Einreichung genauer Zeichnungen und Beschreibungen anzuzeigen. Das Polizeiamt ist befugt, die Anlagen jederzeit einer Prüfung zu unterziehen. Diejenigen Anlagen, die vom städtischen Elektrizitätswerke hergestellt sind oder hergestellt werden, oder die an dieses angeschlossen sind oder angeschlossen werden, unterliegen der Anzeigepflicht und der Prüfung des Polizeiamtes nicht. § 3. Die Besitzer von elektrischen Starkstromanlagen und die zur Leitung des Betriebes der Anlagen bestellten Personen, sowie die mit der Wartung der Anlagen beauftragten Arbeiter sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß während des Betriebes die vom Verbande Deutscher Elektrotechniker herausgegebenen „Sicherheitsvorschriften für den Betrieb elektrischer Starkstromanlagen" vom Jahre 1907 und die etwa vom Polizeiamte für den besonderen Betrieb geforderten Sicherheitsvorschriften ständig beachtet und Anlagen, die sich nicht in gefahrlosem Zustand befinden, nicht in Betrieb erhalten werden. § 4. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft. § 5. Diese Verordnung tritt mit dem 1. März 1908 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung vom 1. August 1903, betreffend Sicherheitsvorschriften für elektrische Starkstromanlagen im lübeckischen Staatsgebiet, außer Wirksamkeit.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie, der bisher von den „vereinigten bürgerlichen Parteien" unter Mitwirkung des berüchtigten Reichsverleumdungsverbandes geführt wurde, soll jetzt mehr Nachdruck bekommen. Zu diesem Zweck ist hier kürzlich eine Ortsgruppe des famosen Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie gegründet worden, die die Geschäfte des Mischmaschs unter veränderter Firma weiterführt. Nachdem man sich zunächst von einem politisch naiven Generalmajor die unglaublichsten Dinge über die Sozialdemokratie hatte erzählen lassen, beabsichtigt man jetzt, am morgigen Donnerstag in einer allgemeinen bürgerlichen Versammlung unserer Partei den Garaus zu machen. In der Reklame, die von der gesamten Lübecker Reichsverbandspresse für diese Komödie gemacht wird, heißt es u. a.: „Dieser Verband hat den Schutz der Bürger und Arbeiter gegen die Bedrängung und Ausbeutungen von seiten der Sozialdemokratie auf seine Fahne geschrieben. In ihm protestiert das deutsche Volk gegen die internationale Gleichmacherei und die Verhetzung unserer Berufs- und Volksklassen gegen einander durch die Sozialdemokratie." Das ist der unverfälschte Reichslügenverbandston, der für die politisch ganz Einfältigen bestimmt ist. Der Haß gegen die Sozialdemokratie leuchtet aus jedem der Worte hervor. Bewußt gelogen ist es, wenn davon gesprochen wird, der Verband habe den Schutz der Bürger und Arbeiter gegen die Bedrängung und Ausbeutung der Sozialdemokratie auf seine Fahne geschrieben. Einzig und allein das Bestreben, die Arbeiterschaft politisch und wirtschaftlich zu schädigen und zu knebeln, ist das Leitmotiv und der Zweck des Reichsverbandes. Dazu ist ein ganzes Heer von gutbesoldeten skrupellosen Agitatoren und Schreiberseelen angestellt, deren Erhaltung natürlich mit großen Kosten verbunden ist. Es ist bekannt, daß die Mittel hierfür in der Hauptsache durch eine umfängliche Bettelei aufgebracht werden. Auch in Lübeck wird der Bettelsack bereits kräftig geschwungen, obwohl doch ein Verein gegen Hausbettelei existiert. Sogar Genossen, die im Vordergrunde unserer Parteibewegung stehen, werden mit Bettelbriefen belästigt; so erhielt u. a. Genosse Effinger, sozialdemokratisches Mitglied der Bürgerschaft, eine Sammelliste für den Reichsverband ins Haus geschickt. Man muß gestehen, daß dazu mindestens eine ziemliche Portion Unverfrorenheit gehört. Unterzeichnet war die Liste von einem gewissen G. W. A. Cloß, Seydlitzstr. 25. Unser Genosse wird wahrscheinlich die Liste mit einer entsprechenden Bemerkung an den Biedermann, der von ihm verlangt, zur schmutzigen Bekämpfung seiner eigenen politischen Bestrebungen Gelder zusammenzuschnorren, zurücksenden. Um wieder auf die morgige Reichsverbandsversammlung zurückzukommen, so zeugt es von einem ganz besonderen Mute, daß man der So-

Sozialdemokratie von vornherein die Möglichkeit abzuschneiden versucht, sich in der Versammlung gegen eventuelle Verleumdungen und Beschimpfungen zu wehren. Man ladet nur bürgerliches „Volk" ein und schließt damit jede Diskussion aus. Wenn das auch nicht gerade dafür spricht, daß die Argumente, die man im Kampf gegen einen abwesenden Gegner verwerten will, besonders überzeugend sind, so bietet es doch selbst für den ungeschicktesten Agitator des Reichsverbandes die Gewähr, daß ihm eine öffentliche Blamage in der Versammlung erspart wird. Und das ist wohl auch der Hauptgrund für diese Maßnahme. Interessant ist es ferner, daß die Lübecker Ortsgruppe des Reichsverbandes die Versammlungsbesucher von vornherein in zwei Klassen teilt, indem an verschiedene Leute Einladungskarten mit folgendem Aufdruck versandt wurden:

Sehr geehrter Herr!

Die kürzlich hier begründete Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie beabsichtigt, mit einer

großen allgemeinen bürgerlichen Versammlung,

in der der Vorstand der Hauptstelle des Reichsverbandes, Herr Dr. Bovenschen-Berlin, der hier bereits als hervorragender Redner bekannt ist,

am Donnerstag, den 27. Februar 1908, abends 8½ Uhr, im Colosseum

sprechen wird, an die Öffentlichkeit zu treten.

Der ergebenst unterzeichnete Vorstand beehrt sich hierdurch, Ew. Hochwohlgeboren zu dieser Versammlung sehr ergebenst einzuladen.

Für reservierte Plätze in der Nähe der Rednertribüne wird gesorgt werden.

Diese Karte gilt als Legitimation.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand

der Ortsgruppe Lübeck des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Generalmajor Stern.

Darnach wird das „gewöhnliche Volk" den „hervorragenden Redner" nur aus der Ferne bewundern dürfen; die Plätze in der Nähe der Leuchten und Sterne werden für „hochwohlgeborene" Personen reserviert. Unter solchen Umständen darf kein Genosse, der etwas auf sich hält, diese ausgesprochen bürgerliche Veranstaltung besuchen. Es wird auch wohl nur wenige Arbeiter geben, die sich und ihre berufenen politischen und gewerkschaftlichen Vertreter beschimpfen hören wollen, ohne daß die Möglichkeit besteht, die Verleumdungen entsprechend zurückweisen zu können.

Jahresbericht des Verbandes der Steinsetzer und Berufsgenossen, Filiale Lübeck. Die Mitgliederbewegung war im Jahre 1907 eine recht rege, namentlich bei den Hilfsarbeitern. Wenn eine Firma große Arbeiten hat, so stellt sie viele Hilfsarbeiter an, damit die Arbeit bald beendigt wird; dann werden die Hilfsarbeiter wieder entlassen. Einige Firmen haben dieses Jahr hauptsächlich Hilfsarbeiter eingestellt, die auf dem Lande wohnhaft sind. Am 1. Januar 1907 waren 96 Mitglieder vorhanden; neu eingetreten sind im verflossenen Jahre 29 Mitglieder, und zwar im ersten Quartal 7, im zweiten 10, im dritten 11 und im vierten 1 Mitglied, von anderen Verbänden zu uns übergetreten sind 5 Mitglieder, zugereist sind 16 Mitglieder, vom Militär zurück 3. Abgereist und abgemeldet sind 37 Mitglieder, in andere Verbände übergetreten sind 8 Mitglieder. Ausgeschlossen wegen rückständiger Beiträge wurden 14, nach § 9 Absatz b unseres Statuts 1 Mitglied. Zum Militär eingezogen wurde 1 Mitglied. Der Mitgliederbestand betrug demnach am 1. Januar 1908 88 Mitglieder. Die Kassenverhältnisse gestalteten sich im verflossenen Jahre folgendermaßen: Die Hauptkasse hatte von unserer Filiale eine Einnahme von 2040,90 Mk. Von diesem Geld hat die Hauptkasse an unsere Filiale 476,28 Mk. gezahlt und zwar an unsere Lokalkasse 20 Proz. von den Einnahmen mit 407,06 Mk., für kranke Mitglieder 47,22 Mk., an Reiseunterstützung 12 Mk. Unser Lokalfonds zusammen mit dem Bestand der Lokalkasse betrug am 1. Januar 1907 1147,50 Mk. Die Einnahme betrug für 931 Marken à 25 Pfg. 232,75 Mk., Zinsen für belegtes Geld 30 Mark., Strafgeld von zwei Kollegen 4 Mark, Überschuß vom Ball 50,15 Mark. Das macht mit dem alten Bestand der Lokalverwaltung 1564.48 Mk. Die Ausgabe betrug für das Arbeitersekretariat 76 Mk., für den Wahlfonds 30 Mk., zum Tischlerstreik 20 Mk. Beitrag zum Gewerkschaftskartell 8,40 Mk., für die Bauarbeiterschutzkommission 11,50 Mk., Botenlohn 60 Mk., für anläßlich der Maifeier Ausgesperrte 63 Mk., für örtliche Verwaltung, Anschaffung von Utensilien und Porto 146,55 Mk., sodaß am 31. Dezember 1907 ein Kassenbestand von 1469,10 Mk. vorhanden war. Versammlungen wurden abgehalten 11 ordentliche Monatsversammlungen und eine Generalversammlung; ferner 12 Vorstandssitzungen. Es wurde beschlossen, den alten Tarif zu kündigen und für das Jahr 1908 einen neuen einzureichen. Am 2. Oktober 1907 hatte der Vorstand Statistik-Bögen ausgegeben, um festzustellen, wie viel Personen in unserem Beruf tätig sind. Es arbeiteten im Beruf 80 Personen, davon 28 Gesellen, 24 Rammer, 18 Hilfsarbeiter und 10 Lehrlinge. Die Gesellen sind sämtlich organisiert, ebenfalls die Rammer; von letzteren 19 in unserem Verband, 5 in anderen Verbänden. Die Hilfsarbeiter waren auch sämtlich organisiert, davon 7 in unserem Verband und 11 in anderen Verbänden. Von den Lehrlingen waren zwei organisiert. Die in unserem Verband Organisierten hatten insgesamt 70 Kinder. Eine Nachfrage bei der Expedition des „Volksboten" ergab, daß von unseren Mitgliedern 44 Leser des „Volksboten" sind.

Neuer Rechtsanwalt. Der bisherige Referendar Dr. Hinrichsen ist zur Rechtsanwaltschaft bei dem Landgerichte und dem Amtsgerichte hierselbst zugelassen und in die hiesige Rechtsanwaltsliste eingetragen.

Der Kranken- und Sterbekasse gewerblicher Arbeiter in Lübeck (eingeschriebenen Hilfskasse Nr. 24), welche einen Nachtrag zu ihrem Kassenstatut zu erlassen beschlossen hat, ist vom Senate nach § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes vom 10. April 1892 die Bescheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehältlich der Höhe des Krankengeldes, auch nach Erlaß dieses Nachtrages den Anforderungen des Gesetzes genügt.

pb. **Diebstahl.** Am Dienstag, den 18. d. Mts., ist am Stadtgraben in der Nähe der Klappbrücke eine Wagenwacht abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. In die Wacht ist der Name „Charles Petit" eingebrannt.

pb. **Hausfriedensbruch.** Gegen einen hiesigen Arbeiter, der, trotzdem er durch einen Gerichtsvollzieher aus der Wohnung ausgesetzt war, wieder dort eindrang und übernachtete, wurde Anzeige wegen Hausfriedensbruchs erstattet.

pb. **Ein freundlicher Schwager.** Gegen einen hiesigen Arbeiter, der seinen Schwager durch Fußtritte und Faustschläge mißhandelte wurde Anzeige wegen Körperverletzung erstattet.

pb. **Rohlinge.** Ein Steindrucker brachte zur Anzeige, daß er am Sonnabend abend gegen 12 Uhr in der Hüxstraße von drei Arbeitern ohne jegliche Veranlassung angegriffen und mißhandelt worden sei, während er mit seiner Braut ruhig seines Weges ging. Einer der Männer faßte im Vorbeigehen seine Braut unter den Arm und ging mit ihr fort. Wie er hiergegen Einspruch erhob, wurde er mißhandelt.

pb. **Aus der besten der Welten.** In verflossener Nacht zertrümmerte ein zugereister obdachloser Arbeiter in der Holstenstraße vorsätzlich die Scheibe eines Schaukastens. Er wurde festgenommen.

Der Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde erinnert an seine heutige Generalversammlung in der Bauhütte. Aus Anlaß der Tagesordnung kann den Mitgliedern der Besuch nur nahegelegt werden.

Die lustige Witwe, Operette in 3 Akten von Lehar, ging gestern abend im Stadthallen-Theater vor stark besetztem Hause in Szene. Die Aufführung war, wie uns berichtet wird, vortrefflich; ebenso die Ausstattung. Das Publikum spendete reichen Beifall. Auf die einzelnen Leistungen der Künstler werden wir nach der ersten Wiederholung eingehen.

Stadttheater-Provisorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Die melodienreiche komische Oper „Martha, oder der Markt zu Richmond" wird Donnerstag letztmalig wiederholt. Freitag geht bereits zum vierten Male Skowronnecks Lustspiel „Panne" in Szene. Sonnabend wird zum Einheitspreise von 50 Pfg. „Das Blumenboot" gegeben, während Sonntag nachmittag zu kleinen Preisen „Unsre Käte", abends 7½ Uhr „Die lustige Witwe" zur Aufführung gelangt.

Stockelsdorf. Eine öffentliche Volksversammlung, in der Parteisekretär Fr. Bartels den Entwurf des Reichsvereinsgesetzes besprach, tagte am Montag, den 24., abends, bei L. Paetau-Fackenburg. Einstimmig angenommen wurde folgende Resolution: „Die öffentliche Versammlung in Stockelsdorf verwirft den vorgelegten Reichsvereinsgesetzentwurf als ein durchaus reaktionäres Machwerk. Sie verlangt im Einklang mit dem sozialdemokratischen Parteiprogramm volle, uneingeschränkte Vereins- und Versammlungsfreiheit." Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Die Versammlung wurde vom Genossen H. Fick mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie geschlossen.

Steinrade-Travemünde. Volksversammlung. Die gestern abend bei Behnke abgehaltene Volksversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Über 100 Personen hatten sich eingefunden, die dem Vortrage der Genossin Schlomer über „die Leistungen des Blockreichstages" mit gesteigerter Aufmerksamkeit folgten. Den Ausführungen der Referentin, namentlich ihre Schlußworte, worin sie mit Nachdruck und Wärme zu allseitiger eifriger Mitarbeit für den menschheitbefreienden Sozialismus aufforderte, wurde freudig zugestimmt. Nach einem kurzen Appell des Gen. Weyers und einer weiteren Aufforderung eines anderen Genossen, den „Volksbote" noch mehr wie bisher zu abonnieren, fand die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie ihren würdigen Abschluß. Elf neue Leserinnen der „Gleichheit" wurden gewonnen.

Lütjenburg. Der Arbeits-Kontrakt eines Guts-Tagelöhners. Der Februar-Nummer der „Schleswig-Holsteinischen Landpost" entnehmen wir folgenden Artikel: Im landschaftlich schönen Ostholstein, nicht weit von der blauen Ostsee, liegt das Gut Waterneversdorf. Es gehört dem Grafen Waldersee, Königlichen Kammerherrn und Hauptmann a. D. Die Gutsherrschaft schließt mit ihren Tagelöhnern einen Kontrakt ab, der für die Tagelöhner fast nur Pflichten, für die Herrschaft dagegen nur Rechte festlegt. „Der Tagelöhner ist verpflichtet," so heißt es gleich zu Anfang, „an allen Werktagen und wenn es verlangt wird, auch Sonntags, zu Hofe zu gehen, die ihm anvertrauten Arbeiten pünktlich mit Umsicht und Sorgfalt auszuführen und die ihm anvertrauten Tiere gut zu behandeln. Fehlt der Tagelöhner ohne Erlaubnis bei der Arbeit, so hat er für jeden einzelnen Fall 20 Pfg. Konventionalstrafe zu zahlen. An Arbeitslohn wird bezahlt: Für die Arbeitszeit von 6 bis 6 Uhr 1,10 Mk., im Winter täglich 90 Pfg., beim Rapsdreschen täglich 1,60 Mk., während der Kornernte täglich 1,30 Mk. Ferner erhält der Tagelöhner beim Dreschen gemeinsam mit andern Dreschern das 16. resp. 18. Korn. Geliefert werden ferner Wohnung mit Garten, freie Weide und Wiese für eine Kuh. Sofern der Tagelöhner Rentenempfänger ist, bekommt er für den Tag 10 Pfg. weniger. Die Frau des Tagelöhners kann jederzeit zur Arbeit und zum Melken herangezogen werden und bekommt dafür den für Frauen auf dem Hofe üblichen Lohn. Dafür hat der Tagelöhner aber noch zur Erntezeit 10 Männer- oder 12 Frauenarbeitstage unentgeltlich zu leisten, ist jährlich zu 3 Jagdtagen verpflichtet und verpflichtet, an den Strandarbeiten mit teilzunehmen. In die Familienangelegenheiten des Tagelöhners mischt sich die Gutsherrschaft in der dreistesten Weise hinein. Er darf fremde Personen, selbst eigene erwachsene Kinder, nicht ohne Erlaubnis der Gutsherrschaft aufnehmen und beherbergen. Diese Bestimmung hat natürlich den Zweck, alle erwachsenen Familienangehörigen in die Fron der Gutsherrschaft zu bringen. Wer von den Familienangehörigen sich dessen weigert, darf nicht im Hause bleiben. Die Wohnung hat der Tagelöhner vollständig selbst auf seine Kosten in Stand zu halten. Er hat das Ausweißen der Wohnung zu machen, die Fensterscheiben zu ersetzen, etwa zur Trockenhaltung der Wohnung notwendige Drainage vorzunehmen. Die Drainageröhren liefert gnädigst die Gutsherrschaft. Er hat Öfen, Fußböden, feste und lose Riegen, Krippen, Schlete, Einfriedigungen, Tore in Stand zu halten und den Garten selbst einzufriedigen. Wenn er nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Wohnung nicht in ordnungsmäßigem Zustande abliefert und sich weigert, sie in Stand zu setzen, so ist die Gutsherrschaft befugt, die Instandsetzung auf Kosten des Arbeiters unter Zurückbehaltung etwaigen noch rückständigen Lohnes zu veranlassen. Mit den Arbeiterwohnungen stürzt sich also die Gutsherrschaft nicht in Unkosten. Mist, Kompost, Heu und Stroh darf der Tagelöhner nicht verkaufen oder verschenken. Von dem erübrigten Heu kann er jedoch mit Genehmigung der Gutsherrschaft verkaufen. Bei Aufgabe der Arbeit hat er obige Materialien zurückzulassen, ohne daß er von der Gutsherrschaft eine Entschädigung verlangen kann. Der Vertrag gilt auf 1 Jahr, Kündigung zum 1. Mai und 1. November. Macht der Arbeiter sich des Kontraktbruchs schuldig, so steht der Gutsherrschaft das Recht zu, ihn ohne Kündigung sofort zu entlassen. Der Arbeiter hat dann die Wohnung binnen 14 Tagen, vom Tage der Entlassung an gerechnet, zu räumen. Für diesen Fall und wenn der Arbeiter des Sommers wegziehen sollte, steht ihm nicht das Recht zu, die von ihm gemachte Einsaat in das Gartenland, noch Früchte irgend welcher Art mitzunehmen. Über die Lebensverhältnisse der Gutsarbeiter sei noch folgendes berichtet: Wasser müssen sie aus dem durch das Dorf fließenden Bach holen, in den auch die Jauche und alle sonstigen Unreinlichkeiten fließen. Die Milch liefern sie in die Meierei der Gutsherrschaft und erhalten 8 bis 8½ Pfg. für das Liter und die abgerahmte Milch. Butter liefert ihnen die Gutsherrschaft großmütigst zu Hamburger Preisen. Es ist wahrhaftig eine Lust, als Tagelöhner für die hochgeborenen edlen Agrarier Ostholsteins zu schuften. Und da wundern sich diese Herrschaften, wenn ihnen die Arbeiter wie Schafleder ausreißen. Dann jammern sie über Leutenot und fordern von der Regierung, daß sie die Landarbeiter noch mehr entrechtet, damit sie den Klauen der Agrarier nicht entrinnen können. Aber die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo auch den Landarbeitern die Geduld reißt und sie mit den Herren Agrariern ein ernstes Wörtchen reden werden. Wie verlautet, werden zum Frühjahr nicht weniger als 10 Arbeiterfamilien das Gut verlassen.

Lübtheen. Großfeuer. In der Montagnacht kurz vor 12 Uhr wurde die hiesige Feuerwehr alarmiert. Doch stellte sich bald heraus, daß das Feuer etwas entfernter im Hannoverschen sei. Das Feuer war in Derlin bei Neuhaus, wo das Wohnhaus und die Scheune des Hofbesitzers W. Wulf total eingeäschert wurden. Das Feuer griff so schnell um sich, daß die Bewohner des Gehöfts nur das nackte Leben gerettet haben. Auch das meiste Vieh ist in den Flammen umgekommen. Der Besitzer selbst soll Brandwunden erlitten haben. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Lübtheen. Im Schacht getötet. Am Montag abend wurde im Schacht der Arbeiter Bahl durch ein herabstürzendes Salzstück getötet.

Hamburg. Über 150000 Mk. veruntreut hat einer Firma in Borgfelde ein dort als Buchhalter und Kassierer beschäftigt gewesener Kaufmann S. Er genoß das Vertrauen seines Chefs in so hohem Maße, daß dieser die ein- und abgehenden Summen kaum einer genaueren Kontrolle unterzog. Nur auf diese Weise war es, wie die „Hbg. Nachr." melden, möglich, solche Beträge der Kasse nach und nach zu entziehen. Einen Teil der unterschlagenen Gelder belegte der Defraudant bei einer Bank auf seinen Namen, wo wiederum größere Beträge von einem Bruder, der ein von ihm erworbenes Patent auf unterzuschraubende Schuhsohlen in den Verkehr zu bringen versuchte, mit seinem Einverständnis abgehoben wurden. Das Bruderpaar hat, Entdeckung seiner Manipulationen befürchtend, Hamburg den Rücken gekehrt. Die Angelegenheit, über die behördlicherseits strengstes Stillschweigen bewahrt wird, befindet sich bereits in den Händen des Untersuchungsrichters.

Nordenham. Fischdampfer verloren. Der der Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee" in Nordenham gehörige Dampfer „München", der am 29. Jan. seine Reise von Nordenham angetreten hat, ist noch nicht zurückgekehrt, so daß leider als sicher anzunehmen ist, daß der Dampfer verloren gegangen ist. Der Dampfer ist voll versichert. Die Besatzung besteht aus folgenden zehn Personen: Kapitän Heinr. Rieken aus Westerhauderfehn, Steuermann J. H. Meentz aus Nordenham, erster Maschinist Fr. Krieger aus Nordenham, zweiter Maschinist H. H. R. Meyborg aus Lübeck, Heizer P. O. Gunzel aus Berlin, Koch Anton Heyen aus Papenburg, Netzmacher Hans Otten aus Langeoog, Matrose E. Penning aus Warfingsfehn, Matrose W. H. Böhne aus Hartum und Matrose C. H. F. Krest aus Niederwöhrden bei Stadthagen. Die meisten der Genannten sind verheiratet. Leider fehlt bis jetzt noch jede Spur von ihnen, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß die Besatzung gerettet ist und sich an Bord eines fremden Schiffes befindet.

Letzte Nachrichten.

Schweidnitz, 25. Februar. Montag abend wurde am sogenannten Laxenberge, Kreis Waldenburg, ein 16jähriger Schuhmacherlehrling aus Waldenburg von Strolchen angefallen und durch Messerstiche in Kopf, Hals und Brust schwer verletzt sowie seiner Kleidung beraubt. Mitleidige Bergleute versorgten den unglücklichen jungen Mann, der vollständig entblößt der Kälte ausgesetzt war, mit Kleidungsstücken und brachten ihn zu seinem Meister in Waldenburg zurück.

Kassel, 25. Februar. Ein grausiger Fund wurde im Habichtswalde hinter Wilhelmshöhe gemacht: die Leiche eines Mannes, der fürchterlich zugerichtet war. Kopf, Hals und Zunge waren abgerissen, der Unterkiefer gespalten und allen Fleisches entblößt. Die Brust wies ein großes Loch auf. Die blutbesudelten Kleidungsstücke sind zerrissen. Die nähere Untersuchung wird ergeben, ob ein Verbrechen vorliegt.

Neustadt a. H., 25. Febr. In dem rheinpfälzischen Industriestädtchen Lambrecht werden seit vorigen Freitag sieben Knaben trotz eifrigsten Suchens, an dem sich auch die Feuerwehr beteiligt, vermißt.

Lausanne, 25. Februar. Zwei Angestellte der Eidgenössischen Bank, der 24jährige Reichsdeutsche Otto Meyer und Arnold Böhm aus Bern verließen am letzten Sonnabend um 9½ Uhr abends Bex, um eine Skitour in die Waatländer Alpen zu unternehmen. Beide sind seither verschwunden. Die zur Aufsuchung abgesandten Führer sind zurückgekehrt, ohne etwas ermittelt zu haben, werden aber heute nochmals abgehen.

Solingen, 25. Februar. Hier erkrankte eine aus sechs Personen bestehende Familie. Man glaubte zunächst an Wurstvergiftung. Als aber das erste Kind starb, ergab die ärztliche Untersuchung als Todesursache Genickstarre. Daraufhin wurde die ganze Familie ins Krankenhaus gebracht. Inzwischen ist das zweite Kind gestorben. Der Zustand der Eltern und der beiden anderen Kinder ist hoffnungslos. Es wurden Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Rotterdam, 25. Februar. Fast an derselben Stelle, wo der Dampfer „Berlin" im Vorjahre verunglückte, wurde wieder eine stark verweste männliche, schwarzhaarige Leiche angespült, die von der Katastrophe herrühren muß. Der goldene Ring am Finger und das Fehlen zweier Zähne am Oberkiefer sind die einzigen Merkmale. Die Leiche wurde auf dem Friedhof zu s'Gravenzande bestattet.

London, 25. Februar. Nach einer Lloydmeldung aus Laguna (Mexiko) ist der Dampfer „Canuto Blunes" während eines Sturmes gesunken. 27 Passagiere und zwei Mann der Schiffsbesatzung sind ertrunken.

Handels- und Marktnachrichten.

Sternschanz-Viehmarkt

25 Februar.

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 5400 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine, schwere 53—53½ Mk., leichte 52—53 Mk., Sauen 47—52 Mk. und Ferkel 48—51 Mk. pro 100 Pfund

---

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Lowigk, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Verspätet.

Am Sonntag, den 23. Februar starb meine liebe Frau

Elisabeth

im Alter von 58 Jahren. Dieses zeigt allen Verwandten und Bekannten tiefbetrübt an

Heinrich Dreschau,
Stockelsdorf.

Für die vielen Beweise der Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter **Martha** sagen wir hiermit allen, die uns ihr Beileid bezeugten, sowie Herrn Pastor Stülcken für die trostreichen Worte unseren herzlichsten Dank.

H. Dettmann und Frau.

Fru Löhndorf to ern Geburtsdag een 999 mal donnerndes Hoch, dat de ganze Agswädel wackelt. Ob se sick wol wat marken lött?

Zwei möblierte Zimmer an 1 oder 2 Herren oder Damen zu vermieten
Blücherstraße 19.

Ein flotter Damen-Maskenanzug billig zu vermieten
Arnimstraße 9c.

Damen-Maskenanzug zu vermieten
Marktwiete 4.

Elegante saubere Maskengarderobe für Damen und Herren in großer Auswahl billig zu vermieten
Ellerbrook 14.

Gesucht zum 1. April
Dreistubenwohnung (St. Lorenz).
Off. mit Preisang. u. **B L 53** a. d. Exp.

Gesucht zum 1. April **eine Zwei- bis Dreistubenwohnung,** südlicher Stadtteil bev. Näheres Cronsforder Allee 102, pt.

Klempner-Lehrling gesucht
Kittel, Adolfstraße 23.

Junge Frau sucht Beschäftigung im Nähen.
Ang. unt. **M** an die Exped. d. Bl.

Kleines Haus in der Stadt zu verkaufen.
Näheres Königstr. 26.

Ein Herrenrad billig zu verkaufen
Gloxinstraße 13, III.

Zu verkaufen **ein weißer Kinderwagen.**
Preis 20 Mk. St. Johannisstraße 6, II.

Empfehle
prima Schweinefleisch Pfd. 60 Pfg.
dünne Rippen Pfd. 30 Pfg.
Karl Kühn, Warendorpstr. 53.

Empfehle mich als perf. Schneiderin
im Hause. Gloxinstr. 12, 1.

Arthur Zacke
Maler
Brüderstr. 4a LÜBECK Brüderstr. 4a
empfiehlt sich zur
Anfertigung sämtlicher Malerarbeiten
zu soliden Preisen.

Carl Folkers
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.
Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
Teilzahlung gestattet.
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Marken.

Prima dicke Flomen,
Prima Kopf und Bein per Pfd. 20 Pfg.
„ leicht gepökelte Rippen v. 20 Pf. an.
„ weißes Schmalz Pfd. 65 Pfg.
bei Abnahme von 4 Pfd. per Pfd. 60 Pfg.
M. Lahrtz, Böttcherstr. 16.
Schlachterei u. Wurstfabrik m. elektr. Betrieb.

Arbeiter-Bildungsschule
Lübeck.

Rede-Uebung
Donnerstag, den 27. Februar 1908.
Vortrag des Genossen Engel.
Thema: „Der Gesetzentwurf über Arbeitskammern".
Der Vorstand.

Dienstmädchen! Wasch- u. Reinmachefrauen!

Der Verein der Hausangestellten eröffnet am 2. März in der **Johannisstraße 48,** part., für seine Mitglieder einen

unentgeltlichen Stellennachweis

durch den Plätze für **Alleinmädchen, Köchinnen, Folge- u. Kindermädchen, Tag- und Morgenmädchen** vermittelt werden.

Wir bitten unsere Mitglieder, recht regen Gebrauch davon zu machen und bei Stellenwechsel **nur** unseren eigenen Nachweis zu benutzen.

Auch **Stellen für Wasch- und Reinmachefrauen** werden vermittelt.

Unser Burreau ist jeden Wochentag von 3—6 Uhr nachmittags offen.

Der Stellennachweis des Vereins der Hausangestellten in Lübeck.
Telephon 1406.

Lübeck. Genossenschafts-Bäckerei
E. G. m. b. H.

Ordentliche
General-Versammlung
am Donnerstag, den 27. Februar 1908
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1907.
2. Berichterstattung des Aufsichtsrates über die vorgenommenen Revisionen und Entlastung des Vorstandes.
3. Neuwahl zweier Aufsichtsratsmitglieder.
4. Verteilung des Reingewinns.

An dieser Versammlung dürfen nur Mitglieder teilnehmen, die sich durch Anteilscheine legitimieren müssen.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei. E. G. m. b. H.
P. Pape. J. Böger.

NB. Vom 20. bis 27. Februar 1908 liegt die Bilanz, sowie die Jahresrechnung zur Einsicht der Genossen im Geschäftslokal, Töpferweg 65, aus.

Verein der Schleswig-Holsteiner.

Generalversammlung
Freitag, den 28. Februar, abends 9 Uhr
im Bürgerheim, Holstenstraße.

Landsleute, Schleswig-Holsteiner (Lauenburger), die sich für den Verein interessieren, sind freundlichst eingeladen. **Der p. t. Vorstand.**

Durch unseren Verlag zu beziehen:

„Bilder aus Lübecks Vergangenheit".

Zusammengestellt von
Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische" („Alt"-)Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische" Lübeck. — Das „kaiserliche" Lübeck. — Das „reichsfreie" Lübeck. — Das „hansische" Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der große nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der große Bürger-Rezeß von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen u. Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Preis: brosch. Mk. 4.—, geb. in Leinwd. Mk. 5.—
oder in 20 Lieferungen à 20 Pfg.

Friedr. Meyer & Comp.
Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote"
Johannisstraße 46.

Bestellungen werden von unseren Kolporteuren zu jeder Zeit entgegengenommen.

Empfehlungs-Karten
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Sozialdemokratisch. Verein Stockelsdorf.

Versammlung
der weiblichen Mitglieder
am Donnerstag, 27. Februar,
abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn F. L. Paetau

Tages-Ordnung:
Vortrag des Parteisekretärs Gen. Weyers über: „Der Kampf der Frau um Recht und Brot".

Um zahlreichen Besuch bittet
Die Vertrauensperson.

Gesang-Verein „Einigkeit"
(St. Gertrud).

Außerordentliche
Versammlung
am Donnerstag, 27. Februar,
abends 8½ Uhr,
beim Gastwirt Herrn **H. Schulz,** Arnimstr.

Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.
Der Vorstand.

St. Gertrud-Liedertafel

Kappen-Fest
am Sonntag, den 1. März,
im Lokale des Hrn. Gutsche, „Neulauerhof".
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 60 Pfg., Damen frei.
Das Komitee.
NB. Kappen sind nur im Lokal zu haben.

Fastnachts-Ball
der
Freiwill. Feuerwehr Stockelsdorf
verbunden mit theatralischen Aufführungen
am Sonntag, den 1. März,
im Lokale des Kameraden **H. Dose.**
Anfang 7 Uhr. Ende morgens.
Eintritt 1 Mk.
Hierzu laden freundlichst ein
H. Dose. **Das Komitee.**

Panorama
Breitestraße 53, 1. Etage,
vom 23.—29. Februar:
Grado, Triest, Miramar
Adelsberger Grotte.

Hansa-Theater

Heute Mittwoch, 26. Februar:
II. Gastspiel des Tegernseer Bauerntheaters.
Der Prozeßhansl.
Volksstück von Ludwig Ganghofer und Hans Neuert.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Stadt-Theater.
(Provisorium)
Direktion: **L. Piorkowski.**

Donnerstag, 27. Februar. 7½ Uhr.
108. Abonn.-Vorst. 21. Donnerst.-Ab.
Zum letzten Male.
Martha, oder Der Markt zu Richmond
Komische Oper in 4 Akten von Flotow.

Freitag: Zum 4. Male.
Sensationeller Schlager!
PANNE.

Sonnabend: Jeder Platz 50 Pfg.
Das Blumenboot.
Sonntag: **Die lustige Witwe.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 48. Mittwoch, den 26. Februar 1908. 15. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote".

Berlin, den 26. Februar 1908.
108. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kraetke, Dr. Nieberding, Dernburg, Sydow.

Nach debatteloser Annahme des Telefunken- und des Scheck-Gesetzes in dritter Lesung wird in der zweiten Beratung des Justizetats, Titel „Staatssekretär" fortgefahren.

Schack wünscht das baldige völlige Verbot oder doch mindestens die erhebliche Einschränkung der Konkurrenzklausel.

Reichsschatzsekretär Sydow stellt sich dem Hause als Stengels Nachfolger vor und bittet um Entschuldigung, daß er vorerst selten im Reichstage erscheinen und sich durch den Unterstaatssekretär Twele vertreten lassen werde.

v. Liebert (Rpt.) begründet seine Resolution auf fakultative Deportation unter Hinweis auf die Überfüllung der Gefängnisse. Nach Afrika können wir die Gefangenen nicht schicken, weil sie sonst den Schwarzen mit schlechten Beispielen vorangehen. Aber die Südseeinseln sind sehr geeignet. Redner behauptet mit Maria Stuart, besser als sein Ruf zu sein und beteuert, daß er die Sozialdemokraten nicht nach Cayenne, ja, ohne ihre Zustimmung nicht einmal nach einer paradiesischen Südseeinsel schicken will.

Staatssekretär Dr. Nieberding legt die Gesichtspunkte dar, aus denen heraus er die Resolution Liebert nicht empfehlen kann. Über die Konkurrenzklausel sind vorläufig noch nicht abgeschlossene Erhebungen im Gange. Ein völliges Verbot wird sich kaum empfehlen, wohl aber eine beträchtliche Milderung.

v. Chrzanowski (P.) führt Klage darüber, daß der Aufreizungsparagraph des Str.-G.-B. (§ 130) von den Gerichten gegen polnische Klassiker und gegen Bilder aus der polnischen Geschichte verwandt wird. (Die auf den Tisch des Hauses niedergelegten beschlagnahmten Bilder werden von zahlreichen Abgeordneten in Augenschein genommen.)

Noeren (Z.) klagt über die Verseuchung des Volkes durch unzüchtige Bilder. Wenn Erwachsene sich im Schmutze wälzen wollen, so will ich sie in ihrem Vergnügen nicht stören. Aber unsere noch unverdorbene Jugend muß gegen die sittliche Verseuchung geschützt werden. Wie die Zuziehung von Sachverständigen gehandhabt wird, geht daraus hervor, daß Herr Stadthagen schon als Kunstverständiger zugezogen worden ist. (Heiterkeit rechts. [Redner überreicht dem Abg. Mugdan eine Reihe Bilder, die dann von zahlreichen Abgeordneten mit vielem Interesse betrachtet werden.]) In erschreckender Weise hat die Obszönität in den letzten Jahren zugenommen. — Herr Müller-Meiningen hat uns neulich mit einem Vers auf den Minister Holle erfreut. Er ist überhaupt ein großer Dichter vor dem Herrn. (Große Heiterkeit.) So hat er einmal v. Podbielski besungen:

„Er läßt sich nicht stoßen vor den Bauch
Der große Sektverehrer,
Er züchtet schöne Säue auch
Und ist für Sauzucht Lehrer.

Er ist der Tugend höchster Hort,
Er haßt des Fleisches Sünde,
Er unterstützt des Noerens Sport,
Was ich sehr rührend finde."

(Schallende Heiterkeit, besonders auf der Rechten.) Herr Müller von Meiningen (Heiterk.) sollte sich die Verse merken, die einmal seinem Bruder in Apoll Müller von der Werra ins Stammbuch geschrieben sind:

„O Müller von der Werra
Das Dichten wird Dir schwerra
Wolltst Du nicht dichten mehrra
Wird mich das freuen sehrra.

(Stürm. anhalt. Heiterkeit.)

Dr. Junck (NL.) wünscht die bestehenden Gesetze scharf gegen den literarischen und künstlerischen Schmutz angewandt und begründet seine Resolution auf gesetzliche Anerkennung der Tarifverträge. Die Grundlage der Tarifverträge ist die Koalitionsfreiheit und die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Bedauerlich ist, daß das Reichsgericht Tarifverträge für rechtlich nicht verbindlich erklärt hat. Ein anderer Senat des Reichsgerichts hat freilich eine andere Stellung eingenommen, der Senat, der auch sonst ein vorzügliches soziales Verständnis bewiesen und u. a. erklärt hat, daß, wenn Aussperrungen erlaubt sind, es auch der Boykott sein muß. (Hört, hört! bei den Sozialdem.) Durch die Anerkennung der Tarifverträge stärkt man nicht die Sozialdemokratie, sondern gräbt ihr vielmehr das Wasser ab. (Bravo! b. d. Natl.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Das Reichsamt des Innern und das Reichsjustizamt beschäftigen sich unausgesetzt mit der hochwichtigen Materie der Tarifverträge, deren Regelung indessen schwieriger ist, als der Herr Vorredner annimmt.

Heine (SD.): Ich bin wohl der einzige hier im Hause, der den Abg. Stadthagen in seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt gekannt hat. Stadthagen stand hinsichtlich der Ehrenhaftigkeit seiner Praxis in einem ausgezeichneten Rufe und jeder, der ihn näher kannte, hatte bei seiner Verurteilung die Überzeugung, daß ihm schweres Unrecht geschehen sei, sowohl hinsichtlich des Abschneidens seiner Verteidigungsbeweise, als in der Sache selbst. Von einem Manne, der jede unsaubere Praxis sich vom Leibe hielt, der gegen seine Klienten eine wahrhaft verschwenderische Freigebigkeit an Arbeitskraft entfaltete, hat niemand, der ihn kannte, geglaubt, daß er das getan hätte, was der Ehrengerichtshof von ihm behauptete. Ich glaube es auch heute nicht, trotz des verlesenen Urteils. Ich trete nicht aus Gründen persönlicher Freundschaft, auch nicht aus Gründen der Parteirücksicht, sondern meinem Gewissen folgend für Stadthagen ein, ohne vorher mit ihm oder irgend einem anderen Parteigenossen Rücksprache genommen zu haben. (Bravo!) — In seiner Etatrede forderte der Reichskanzler schärfere Urteile gegen Beleidigung. Drakonische Urteile sind kein Mittel, um die persönliche Ehre zu schützen, am wenigsten, wenn dabei der Wahrheitsbeweis abgeschnitten wird. Mehrfach ist hier der Prozeß Harden angezogen worden. Das ganze Verfahren der Staatsanwaltschaft bei diesem Prozeß macht den Eindruck der Verworrenheit. Entweder lag ein öffentliches Interesse vor, oder es lag nicht vor. Nach der Praxis unserer Staatsanwaltschaft, die bei Telefondamen, Schutzleuten, Fabrikanten, namentlich aber Streikbrechern stets ein öffentliches Interesse annimmt, lag das öffentliche Interesse in der Hardensache von Anfang an vor. Der Nationalliberale Abgeordnete v. Campe hat im preußischen Abgeordnetenhause über diese Frage sich ganz verständig geäußert, wobei ihm allerdings entgangen zu sein scheint, daß die Staatsanwaltschaft die Streikbrecher noch höher einschätzt, als die Beamten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Für die Parteilichkeit der Staatsanwaltschaft ist folgender Vorfall bezeichnend: Die „Post" hatte unserem Kollegen Reichstagsabgeordneten Fischer-Berlin vorgeworfen, daß er sich Schmiergelder von Maschinenfabriken bei der Bestellung von Maschinen für die „Vorwärts"-Druckerei habe zahlen lassen. „Kreuzzeitung" und „Norddeutsche Allgemeine" enthielten sich dieses Schmutzes, aber „Deutsche Tageszeitung", „Nationalzeitung" und „Freisinnige Zeitung" (Rufe b. d. Soz.: Natürlich!) brachten in trauter Waffenbrüderschaft diese Gemeinheit. Ich stellte darauf Strafantrag und verwies darauf, daß bei einem durch Zehntausende von Stimmen gewählten Abgeordneten sicher ein öffentliches Interesse vorliege. Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel ordnete Ermittelungen an, u. a. auch bei den Firmen, bei welchen die „Vorwärts"-Druckerei Maschinen bestellt hatte und hörte, daß auch kein Wort an der Geschichte wahr sei. (Hört, hört! b. d. Soz.) Durch Herrn Werner, dem langjährigen Wahlvereinsvorsitzenden in Fischers Wahlkreise, erfuhr Herr Isenbiel ferner, daß die Vorgänge, die nach der Behauptung der „Post" in Versammlungen des Wahlkreises sich ereignet haben sollten, nicht stattgefunden hätten. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Herr Werner erklärt weiter, daß, wenn auch nur ein Titelchen von den gegen Fischer erhobenen Anklagen wahr wären, Fischer wohl in der Partei ausgespielt haben würde. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nach alledem hat mir der Oberstaatsanwalt geschrieben, daß er die Erhebung der Anklage gegen die „Post" ablehne. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Oberstaatsanwalt schrieb mir: Die Ermittelungen haben keinen Anhaltspunkt dafür gegeben, daß die Behauptung, der Abg. Richard Fischer habe Provisionen für die Vermittelung von Maschinen erhalten, wahr ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die „Post" behauptet aber, in der Hauptverhandlung den vollen Wahrheitsbeweis führen zu können. (Lachen bei den Sozialdemokr.) Eine solche Hauptverhandlung herbeizuführen, liegt nicht im öffentlichen Interesse, da dasselbe Ziel durch die Privatklage erreicht werden kann und die Vorwürfe sich nicht gegen die politische Tätigkeit des Abg. Fischer richten. Die Antwort ist der Ausdruck heilloser Verlegenheit. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Alles, was das Vertrauen zu einem Abgeordneten erschüttert, beeinträchtigt seine politische Tätigkeit. (Lebh. Zust.) Der Zeuge Werner hat noch ausdrücklich hervorgehoben, daß Fischers politische Tätigkeit von jener Angelegenheit berührt worden wäre. Ermittelungen hat die Staatsanwaltschaft angestellt; aber als die vollkommene Haltlosigkeit der Beschuldigung sich herausgestellt hatte und der Beleidiger frivol sich weigerte, seine Beschuldigungen zurückzunehmen, da sollte auf einmal kein öffentliches Interesse mehr vorhanden sein. Die Behauptung, daß man in der Hauptverhandlung alles beweisen werde, ist nichts, als ein dreistes Verschleppungsmanöver. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es gibt nur eine Erklärung für diese sonderbare Sache: Eine höhere Instanz, sei es der Generalstaatsanwalt oder der Justizminister, hat die Erhebung der Anklage verhindert. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Um das festzustellen, habe ich mir noch die Mühe gemacht, Beschwerde zu erheben. Der Generalstaatsanwalt hat mich abschlägig beschieden. (Lebh. hört! hört! b. d. Soz.) Das war ein paar Tage nach der Rede des Kollegen Heinze, der ausdrücklich erklärte, wenn Abgeordnetenmandate in Frage kämen, läge immer ein öffentliches Interesse vor. Täglich werden in Berlin wegen Beleidigungen von Streikbrechern und Fabrikanten, und wenn sie im engsten Kreise erfolgt sind, öffentlich Anklagen erhoben: aber Abgeordnete und speziell sozialdemokratische Abgeordnete sind bei der Staatsanwaltschaft vogelfrei. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) In einer Zeit, in der der Reichskanzler mit feierlichem Pathos nach verschärftem Schutz der persönlichen Ehre ruft, lehnt die Staatsanwaltschaft die Verfolgung eines frivolen Verleumders ab, wenn er ein Redakteur der Blockpresse ist. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) In Hessen hat man anders gehandelt und Anklage wegen Beleidigung des früheren Abg. Berthold erhoben. (Zuruf: Kein Wunder, das war in Hessen.) Ah so, Hessen ist für Sie ein sozialdemokratischer Staat. (Heiterkeit.) In der Schule haben wir gelernt, daß Gerechtigkeit das Fundament der Staaten ist. Daß dieser Satz für Preußen nicht gilt, wissen wir längst. (Sehr wahr! b. d. Soz. Lärm rechts.) Ich verlange für den Abgeordneten denselben Schutz, den jeder Streikbrecher und jeder Schutzmann genießt.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Es ist oft schwer zu entscheiden, ob ein öffentliches Interesse vorliegt oder nicht. Herr Heine hat sich einer grundlosen Verleumdung der Staatsanwaltschaft schuldig gemacht. (Lautes Lachen bei den Soz. — Vizepräsident Kämpf läßt den Ausdruck „Verleumdung" ruhig passieren.) Immerhin hat sich der Staatsanwalt eines bedauerlichen Mißverständnisses schuldig gemacht. (Heiterkeit bei den Soz.) Eine politische Beeinflussung liegt nicht vor.

Kreth (K.): Sechs neue Staatsanwälte allein müßten in Berlin angestellt werden, um die Beschimpfungen zu verfolgen, mit denen mich die sozialdemokratische Presse täglich verfolgt, womit sie mich in der bürgerlichen Welt aber nur populär macht. (Lautes Lachen bei den Soz.) Herr Stadthagen hat sich einer Gebührenüberschreitung schuldig gemacht, das ist nicht abzuleugnen. Auch die erste Instanz hat ihn verurteilt. Abg. Heine hat behauptet, daß die gesamte Berliner Anwaltschaft die Ausschließung Stadthagens mißbilligt hat. (Abg. Heine ruft: Eine dreiste Verdrehung, ich habe gesagt: Alle, die Herrn Stadthagen persönlich gekannt haben.) Der deutsche Anwaltsstand bedankt sich dafür, Herrn Stadthagen in seiner Mitte zu sehen. (Unruhe und Lachen

König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.

(33. Fortsetzung.)

Am Morgen nach dieser Nacht der Angst und des Entsetzens fand man die Straßen angefüllt mit Menschen, welche zu den Stätten eilten, wo Feuer und Raub gewütet hatten. Aber schon sahen die Gesichter friedlicher aus, vergnügter und unbesorgter. Man fürchtete nichts mehr, der Prinz von Oranien war in der Nähe. Einzelne niederländische und englische Offiziere kamen als Abgesandte nach London und wurden mit betäubendem Jubel des Volkes nach Guildhall geleitet, wo die Lords beisammen saßen und sich in immer größerer Zahl vereinigten, den Erzbischof von York, Halifax und Rochester an ihrer Spitze. — Man dachte kaum mehr an den Konig, man verlangte nur nach dem Prinzen und dem Parlament, aber die Lords schafften Ordnung, so viel sie vermochten. Sie brachten eine Anzahl vornehmer Katholiken, darunter zwei Bischöfe, in sichere Haft, um sie der Wut des Volks zu entziehen; die Bürger wurden aufgerufen, ihr Eigentum und die Gesetze zu schützen, beruhigende Proklamationen wurden erlassen und bekannt gemacht, daß von den Irländern nichts zu fürchten sei, daß sie überall angehalten und entwaffnet würden. Zu gleicher Zeit erging ein Befehl an Lord Feversham, nach London zu kommen: die Regimenter sollten beisammen bleiben und die Befehle befolgen, welche der Prinz von Oranien ihnen geben werde. Es wurde ferner bekannt gemacht, daß weder im Heere noch in der Flotte künftig ein katholischer Offizier geduldet werden solle, und diesem Befehle nach legten die meisten Katholiken sofort ihre Ämter nieder und gingen nach Haus.

Das Volk hörte dies alles mit Freude. Sein Haß gegen die Katholiken, der wild von Jakob neu angefachte Religionshaß, welcher in England seit Jahrhunderten genährt worden war und allen politischen Kämpfen und Umwälzungen zur Grundlage diente, war weit größer, als alles andere Bewußtsein der Tyranneien, die es erfahren und erduldet hatte.

An diesem Morgen kam William Howe nach London begleitet von seiner jungen Gemahlin Lätitia, die Burnet in Oxford ihm angetraut hatte. — Howe hatte sich aus dem Hauptquartier des Prinzen entfernt, um Lätitia in Sicherheit zu bringen, und weil ihm nicht zusagte, was er dort erblickte. — Er durchschaute, wie er meinte, alles. Er sah durch die kalte Maske des Prinzen sein Herz, das vor Ehrgeiz glühte, und erblickte seine Hand ausgestreckt nach der Krone Englands. Darum, nicht Englands wegen hatte er den Engländern geholfen, die er nicht liebte, denn er taute nur auf, wenn er mit seinen Holländern beisammen war. Was William fühlte, fühlten viele mit ihm, und selbst Burnet konnte die geheimen Pläne des Prinzen nicht leugnen. Aber wie mißmutig auch die stolzesten der Whigs darüber waren, sie fügten sich achselzuckend darein. Sie waren so gute Diplomaten wie der Prinz und nahmen die Notwendigkeit auf, wie sie mußten. — Wilhelm war der Gemahl der Thronerbin Maria, sie war sein schwaches, abhängiges Werkzeug. Warum sollte er nicht König heißen, wenn er doch jedenfalls König war? Er ließ dem Parlament seine Rechte; er war zu klug, um in Jakob's Fehler zu fallen; er begnügte sich, und dabei war er ein entschiedener Protestant, der bitterste Feind der katholischen Kirche. Mehr gebrauchten, mehr wollten sie nicht.

Mitten unter den drängenden Volkshaufen ging das Paar durch die Straßen, kletterte mühsam über die halb zerstörten Barrikaden, sah den Zügen der Bürger-, Milizen- und Arbeitermassen nach, die mit Fahnen und Gesängen hin und her eilten, und gelangte unter dem Lärm und Geschrei des Tages endlich zu den rauchenden Ruinen der zerstörten Kapellen, wo noch immer der wilde Jubelruf erschallte: „Nieder mit den Papisten! Nieder mit allen Höhlen der papistischen Hunde!"

William sah düster auf diese Werke der Zerstörung und der brutalen Wut. „Das tun sie", sagte er, weil sie nicht wissen, was sie tun. Wie wilde Tiere fallen sie darüber her, um zu vernichten, zu rauben, zu brennen und zu morden. Die Elenden! aber wer hat sie so wild und so elend gemacht? — Morgen legt man sie wieder an die Kette in die alten Lumpen und überläßt sie dem Hunger, dem Schmutz und der dumpfen Verwilderung aller besseren Gefühle. Ein Dutzend greift man heraus und schlachtet sie ab, der Gerechtigkeit zum Sühneopfer. Himmlische Gerechtigkeit! wann wird der Tag kommen, wo du wandeln wirst auf Erden?!"

Lätitia zog ihn fort. „Ich bitte Dich, William", sagte sie, „laß uns aus diesen Greueln entfliehen. Wir wollen London verlassen, sobald es angeht, und Burnet's Rat befolgen: uns zurückziehen in die Stille eines glücklichen Lebens, wo wir Segen verbreiten können, so viel wir vermögen."

Nach einiger Zeit erreichten sie Jeffreys' Haus, das noch immer Rauchwolken ausstieß, obwohl das Feuer gedämpft war. Fenster und Thüren lagen in Trümmern, eine entsetzliche Zerstörung hatte der Haß gegen den schrecklichen Kanzler hier vollbracht, aber mit Schaudern erblickten sie auf der Schwelle ausgestreckt den Leichnam des alten Tornton, der seinen Platz behauptet hatte wie im Leben so im Tode. Mit der Waffe in der Hand lag er da; sein Körper war von Axthieben und Pikenstichen zerfleischt und durchbohrt, aber sein finsteres, hartes Gesicht hatte sich nicht verändert, und seine weit offenen Augen starrten Lätitia an, als erkenne er sie und wolle sie nicht von dannen lassen.

„Sonderbares Schicksal! rief William. „Dieser schändliche Jeffreys ist entkommen, allen Anstrengungen zum Trotz! Millionen verfluchen ihn, und doch gab es ein Wesen auf Erden, das ihm treu war bis zum Tode."

„Laß uns gehen!" antwortete Lätitia schaudernd. „Ist es mir doch immer, als müßte der entsetzliche Mann mir irgend wo hier entgegentreten; als würde er aus einer dieser düstern, rauchenden Hallen herabspringen, um Rache an uns zu üben."

„Davor seid sicher, schöne Dame," sagte eine Stimme hinter ihnen. „Ich habe diese stürzenden Hallen mit Gefahr meines Lebens durchkrochen, jeden Winkel durchsucht und nichts gefunden. — Der Teufel hat seinem besten Freund geholfen, aber ich will nicht ruhen und nicht rasten, bis ich weiß, was aus ihm geworden ist."

Es war Wilkins, der Schreiber, der diese Worte sprach. Er sah bleich und erschöpft aus, seine Kleider waren beschmutzt und zerrissen, in seinem Gesicht ließ sich Wut und Ärger lesen, und seine Augen glühten von ungesättigter Rachelust.

„Wenn ich ihn nicht fände," schrie er mit seiner heiseren Stimme, „so möchte ich selbst nicht länger leben, denn mein ganzes elendes Dasein habe ich daran gesetzt, um dieser Stunde mich zu freuen."

„Wo habt Ihr ihn gelassen, Wilkins," sagte Howe, „und wie ist es Euch ergangen, seit wir uns nicht sahen?"

b. d. Soz.) Redner verliest einen Berg von Ausschnitten, den er vor sich liegen hat. (Vizepräsident Kämpf erinnert ihn daran, daß man sich bei der Beratung des Justizetats befinde. Zuruf b. d. Soz.: Laßt ihn doch weiter reden. Heiterkeit.) Die Staatsanwaltschaft geht längst nicht scharf genug gegen die sozialdemokratische Presse vor, die jüngst erst wieder beim Lissabonner Attentat nichts Besseres zu tun hatte, als zu konstatieren, daß der König Carlos 2½ Zentner wog. (Anh. Gelächter b. d. Soz.) Und darüber lachen Sie noch. Die Gesetze müssen verschärft werden und ich will mal sehen, ob man das sozialdemokratische Gewürm nicht zermalmen kann, das an den Säulen des Throns und des Altars nagt. (Laute, stürmisch anh. Heiterk. b. d. Soz.)

Heckscher (FVg.): Wenn Herr Stadthagen den fein sozial empfindenden Hamburger Richtern Klassenjustiz vorwerfen will, so übt er selbst krasseste Klassenjustiz. (Tosender Beifall rechts.)

Ein Blockantrag auf Schluß der Debatte wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und der Sozialdemokraten angenommen.

Heine (SD.): Ich habe persönliche Bemerkungen gegen Herrn Kreth und Herrn Nieberding zu machen, bitte aber Herrn Nieberding aus dieser Reihenfolge keine Schlußfolgerung in bezug auf die Schätzung zu ziehen. (Sehr gut! bei den Soz. — Unruhe rechts. — Vizepräsident Kaempf: Das war nicht persönlich.) Herr Kreth hat meine Worte verdreht; ich habe nicht von allen Berliner Anwälten gesprochen, sondern nur von denen, die Herrn Stadthagen persönlich gekannt haben. Herrn Nieberding gegenüber bemerke ich, daß ich Herrn Isenbiel den guten Willen nicht abgesprochen habe. Der Justizminister hat übrigens noch Gelegenheit, den Generalstaatsanwalt zu rektifizieren. (Sehr gut! und Bravo! bei den Soz.)

Stadthagen (SD.): Das Hamburger Urteil war, was auch Herr Heckscher sagen mag, ungeheuerlich. Nun zu Herrn Kreth. Weder seitens der Anklagebehörde, noch seitens der ersten Instanz ist jemals der Vorwurf bewußter Gebührenüberschreitung gegen mich erhoben worden. Alle meine Bemühungen, ein strafrechtliches Einschreiten wegen dieses Vorwurfs gegen mich herbeizuführen, sind erfolglos geblieben und die Staatsanwaltschaft hat mir geantwortet, daß sie auf Grund der Akten des Disziplinarverfahrens nicht einmal Anklage gegen mich erheben könnte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich habe daher, also ohne Schutz der Immunität, den Mitgliedern meines Ehrengerichts öffentlich vorgeworfen, daß sie bewußt das Recht gebeugt haben. Ich habe den Beweis angeboten, daß meine Gebührenrechnung sich nicht über, sondern unter der Summe bewegte, die ich zu fordern berechtigt war. (Hört! hört! b. d. Soz.) Niemals hat der angeblich Geschädigte von mir die Rückzahlung der angeblich bewußt überhobenen Gebühren verlangt. Zur Zeit des Urteils sind mir auch aus Richterkreisen eine Fülle von Zuschriften zugegangen, welche betonen, daß mir bitteres Unrecht geschehen sei. (Vizepräsident Kaempf unterbricht den Redner fortwährend, unter dem Vorgeben, daß die Ausführungen den Rahmen der persönlichen Bemerkung überschreite.) Meine Erwiderung wird beschränkt, nachdem die Herren, die mich angegriffen haben, für Schluß der Debatte gestimmt haben. Der angeblich Geschädigte hat es abgelehnt, sich in bezug auf die Gebührenhöhe dem Urteil dreier von ihm selbst zu erwählender Schiedsrichter zu unterwerfen. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wenn jemand, wie der Abg. Kreth, aus dem Aktenmaterial nur einen Teil vorträgt, muß er sich den Vorwurf gefallen lassen, daß er es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Dr. Heckscher (Fr. Vgg.) wirft unter jubelndem Beifall von Kreth und Maltzan dem Abg. Stadthagen maßlose Angriffe auf die deutsche Rechtspflege vor.

Kreth (Kons.): Das Wort Verdrehung ist ein Zeichen für das Bildungsniveau des Abgeordneten Heine. (Gr. Hkt. b. d. Soz.)

Der Titel „Gehalt des Staatssekretärs" wird bewilligt.

Es folgt die Abstimmung über die Resolutionen.

Angenommen werden die Resolutionen Brunstermann (Rpt) auf Gebührenerhöhung (einstimmig), Hompesch (Ztr.) auf Selbstbeköstigung und Selbstbeschäftigung bei Gefangenen (gegen Konservative und Reichspartei), Dr. Heinze (Natl.) auf einheitlichen Strafvollzug, Albrecht (SD.) auf Zeugnisverweigerung für Journalisten (mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, Nationalliberalen, Polen und einigen anderen Abgeordneten.) Dr. Ablaß (FVpt.) auf Festlegung des Rechts der Zeugnisverweigerung für Parlamentarier, Albrecht (SD.) auf Diäten für Schöffen und Geschworene (mit sehr großer Mehrheit), Dr. Junck (NL.) und Graf Hompesch (Z.) auf Ausgestaltung der Tarifverträge, Dr. Ablaß (FVpt.) auf anderweitige Fassung der Geburtsurkunden vorehelicher Kinder und auf Rechtsschutz der elektrischen Energie.

Abgelehnt wird die Resolution von Liebert (Rpt.) auf fakultative Deportation (gegen die Reichspartei), die Resolution Albrecht (SD.) auf Schiedsgerichte für Bureaugehilfen und Landarbeiter und auf Ausdehnung des Rechts der Zeugnisverweigerung auf Mitglieder von Kommunalvertretungen.

Die Resolution Bassermann betreffend Strafverfahren und Strafvollzug für jugendliche Personen wird auf Antrag Kirsch (Zentr.) auf die dritte Lesung verschoben. Die Abstimmung bleibt zweifelhaft und das Resultat wird erst durch Hammelsprung ermittelt. 106 Abgeordnete stimmen für Verschiebung, 104 dagegen. Die Niederlage des Blocks wird von den Sozialdemokraten und dem Zentrum mit großer Heiterkeit begrüßt.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Rest des Justizetats, Wahlprüfungen, Petitionen usw.

Schluß 6½ Uhr.

Soziales und Parteileben.

Die Tarifverhandlungen im deutschen Baugewerbe. Man schreibt aus Essen: Sonnabend, den 22. Februar, fand im Rathause zu Essen unter dem Vorsitze des Stadtrats Dr. Wiedtfeld eine Vorbesprechung über den Gang der Verhandlungen statt. Als Unternehmertreter waren anwesend: Fritz-Essen, Malweg-Langendreer, Thieman-Köln und ihr Verbandsdirektor Schmiedehaus. Von den Arbeiterverbänden waren vertreten: die Zentralverbände der Maurer, der baugewerblichen Hilfsarbeiter, der christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, der Zentralverband der Steinarbeiter, der Zentralverband und der christliche Verband der Holzarbeiter und Vertreter beider Verbände der Metallarbeiter. Ob Vertreter des Zentralverbandes der Zimmerer anwesend waren, entzieht sich unserer Kenntnis, da eine Präsenzliste über die Teilnehmer an der Vorbesprechung nicht festgestellt worden ist.

Formell ist die Sache so aufgezogen, daß die Verhandlungen von Dr. Wiedtfeld unter dem Beistand von vier unparteiischen Beisitzern (zwei Arbeiter und zwei Unternehmer) geleitet werden. Das Verhandlungsprotokoll wird stenographisch aufgenommen und gedruckt. Über die Behandlung der Materie ist unverbindlich vereinbart worden, daß Montag mit einer Art Generaldebatte begonnen wird. Hierbei werden natürlich die strittigen Punkte in den Vordergrund treten und möglicherweise wird sich schon am Abend des ersten Verhandlungstages herausgestellt haben, daß ein weiteres Verhandeln unnötig und unmöglich ist. Diese Wahrscheinlichkeit trat schon in der Vorverhandlung sehr scharf hervor.

Schon die Abgrenzung des Vertragsgebietes geographisch und gewerblich führte zu harten Auseinandersetzungen. Die Unternehmerverbände wollen in den allgemeinen Vertrag neben den Hauptgruppen der Bauarbeiter (Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer) in mehreren Orten auch die Dachdecker, Stukkateure, Steinhauer, Steinsetzer, Asphalteure, Tischler, Klempner usw. einbeziehen. Dies lehnen die Vertreter aller dieser Arbeitergruppen ab, wie sie es auch ablehnen, einen einzigen Vertrag für das von den Unternehmern in Aussicht genommene Gebiet abzuschließen. Die Unternehmervertreter haben in Aussicht gestellt, daß in dieser Weigerung die Verhandlungen scheitern könnten. Jedenfalls ist vorläufig festzustellen, daß in der Sache selbst keine Verständigung erzielt worden ist.

Aus Nah und Fern.

Drohbriefe von Erpressern. Ein angebliches „geheimes Komitee" in Berlin suchte von einem dortigen Millionär und Großkaufmann 150 000 Mk. zu erpressen, indem es ihm in mehreren Briefen mitteilte, daß er zum Tode verurteilt werde, falls er die Summe nicht zahle. Das Geld sollte am Richard Wagner-Denkmal niedergelegt werden. Der Verurteilte benachrichtigte die Kriminalpolizei. Diese stellte dem angeblichen Leiter des Geheimbundes eine Falle. Als er an Ort und Stelle erschien, merkte er die ihm drohende Gefahr und entfloh. Auf seine Ermittlung ist jetzt eine Belohnung von 500 Mk. ausgesetzt. — Ein reicher Münchener Industrieller erhielt vor einiger Zeit einen mit Meier unterzeichneten Brief, worin 100 000 Mk. gefordert wurden. Falls er nicht zahle, würde einer der beiden Söhne des Kaufmanns ermordet werden. Der Erpressungsversuch blieb zunächst unbeachtet, aber bald darauf wurden die beiden Söhne des Industriellen auf dem Heimwege von der Schule von zwei vierzehnjährigen Jungen attackiert und mit Salzsäure übergossen. Diese erlitten aber nur unerhebliche Brandwunden. Jetzt wurde von dem Vater die Sache der Polizei gemeldet. Die Nachforschungen derselben haben aber noch kein bestimmtes Resultat ergeben.

Aus dem Zuge gestürzt. Ein schwerer Unfall ereignete sich Sonnabend früh auf der Fahrt von Berlin nach Fürstenwalde. Der bei den Fürstenwalder Ulanen stehende Leutnant v. Bärensprung fuhr mit dem Personenzug Nr. 231, der um 4.01 früh der Bahnhof Friedrichstraße verläßt, von Berlin in seine Garnison zurück. Der junge Offizier fuhr allein in einem Abteil 2. Klasse. Zwischen Hirschgarten und Friedrichshagen öffnete Herr v. Bärensprung die Coupétür, verlor hierbei das Gleichgewicht, stürzte aus dem Zuge und fiel so unglücklich, daß sein linker Fuß auf die Schienen geriet und von den Rädern des Zuges zermalmt wurde. Trotz des gellenden Aufschreis war im Zuge der Unfall unbemerkt geblieben. Erst, als man beim Eintreffen des Zuges in Fürstenwalde die Mütze des Offiziers fand, wurde schleunigst die Strecke abgesucht. Der diensttuende Bahnwärter in der etwa 400 Meter östlich des Bahnhofs Hirschgarten belegenen Bude hatte den Hilferuf gehört und war sofort an die Unfallstelle geeilt. Er fand den Offizier ohnmächtig zwischen den Gleisen. Der linke Fuß war buchstäblich von den Rädern abgefahren worden und hing nur noch mit einer Sehne am Bein. Auch im Gesicht hatte er mehrere Wunden und er muß auch schwere innere Verletzungen erlitten haben. Der Bahnwärter alarmierte sofort die Station. Ein Bahnarzt aus Friedrichshagen war bald zur Stelle, legte dem Verletzten einen Notverband an und ließ ihn mit einer Krankentrage nach dem Köpenicker Krankenhaus bringen. Der Verletzte, der während des Transports auf kurze Zeit das Bewußtsein zurückerlangt hatte, konnte im Köpenicker Krankenhaus jedoch keine Aufnahme finden und mußte im Krankenwagen nach dem Kreiskrankenhaus in Britz zugeführt werden. Hier wurde sofort nach der Einlieferung zu einer Amputation des Fußes geschritten. Der Zustand des Verletzten ist bei dem großen Blutverlust, den er erlitten, sehr ernst, die Ärzte hoffen ihn jedoch am Leben zu erhalten.

Ein Mörder in Lebensgefahr. Die Verhandlung gegen den Hauptmann v. Göben, für Mitte März in Aussicht genommen, dürfte zwei Tage dauern. Die Anklage gegen v. Göben lautete dem Vernehmen nach auf Mord. Hauptmann v. Göben wurde am Sonnabend von der Irrenanstalt Kortau nach dem Militärgefängnis zurückgeführt. Auf dem Transport wäre er nebst den die Überführung bewirkenden Herren beinahe das Opfer eines Eisenbahnunglücks geworden. Als der Wagen sich auf dem Niveauübergang am Kleinbahnhofe befand, gingen plötzlich beide Schranken nieder, den Wagen auf den Gleisen einsperrend. In demselben Augenblicke brauste ein D-Zug heran. In dieser kritischen Lage, in der unmittelbar die Gefahr bestand, daß der Wagen mit allen Insassen zermalmt und der D-Zug selbst gefährdet werden würde, gelang es noch im letzten Augenblick eine der Schranken wieder zu öffnen, sodaß der Wagen glücklich hinauskam.

Selbstmord eines Soldaten. Aus Fürstenwalde meldet das dortige Tageblatt: Selbstmord durch Erschießen verübte am Sonnabend gegen 10 Uhr abends der Ulan Prißkow der 4. Eskadron des Ulanen-Regiments Nr. 8, der im ersten Jahre diente. Er war erst am Mittag desselben Tages aus dem Arrest entlassen worden. Die Strafe hatte er sich zugezogen, weil er unbeurlaubt nach Berlin gefahren war. Das Geschoß hatte die linke Lungenseite getroffen. An der erhaltenen Wunde verblutete Prißkow.

Ein Raubanfall auf der Eisenbahn hat sich auf der Strecke zwischen Liegnitz und Jauer ereignet. Hierüber wird berichtet: Der Bierverleger Hein aus Jauer befand sich auf der Fahrt zwischen Liegnitz und Jauer. Nachdem auf Station Triebelwitz zwei Männer in sein Abteil eingestiegen waren, schlief Hein ein. Er erwachte nach seinen Aussagen erst in dem Augenblick, als er eine Hand in seiner Tasche spürte, in der er Geld hatte. In demselben Moment erhielt er einen sehr heftigen Schlag ins Gesicht. Dann überwältigten ihn die Männer und warfen ihn, nachdem sie ihn beraubt hatten, zwischen Brechelsdorf und Alt-Jauer aus dem Zuge. Hein blieb einige Zeit bewußtlos liegen, konnte sich dann aufraffen und zur Station Alt-Jauer gehen.

Aus Not zum Dieb geworden. Vor dem Chemnitzer Landgericht hatte sich der in Chemnitz geborene, zuletzt in Niederwürschnitz angestellt gewesene 30jährige Volksschullehrer Max Böttcher wegen einer Reihe schwerer Einbrüche zu verantworten. Er war jung verheiratet, die Wohnungseinrichtung im Werte von etwa 2000 Mk. war auf Kredit entnommen und mußte regelmäßig abbezahlt werden. Da er 135 Mk., vorher 125 Mk. Monatsgehalt bezog, war Schmalhans Küchenmeister und Böttcher wurde zum gemeinen Dieb. Mit falschem Schlüssel öffnete er die Pulte seiner Kollegen und stahl daraus die von den Lehrern aufbewahrten Sparpfennige der Schulkinder, insgesamt 9 Mk. Der Angeklagte, der einen recht gebrochenen Eindruck machte, erhielt acht Monate Gefängnis und wurde auf die Dauer von drei Jahren für unfähig zur Bekleidung öffentlicher Ämter erklärt.

Feuer in einem Warenhaus. Über eine auch von uns gemeldete große Feuersbrunst in Borbeck, durch die das Löwensteinsche Warenhaus ganz zerstört und mehrere andere Gebäude stark beschädigt wurden, werden der „Kölnischen Zeitung" aus Essen a. R. folgende Einzelheiten gemeldet: Mit Windeseile verbreiteten sich die Flammen über das ganze Geschäftshaus. Die Ladengehilfinnen usw. hatten nicht einmal mehr Zeit, ihre im oberen Stockwerk befindlichen Kleidungsstücke und sonstigen Gegenstände zu retten. Nur die Ladenkasse und die Geschäftsbücher konnten mit großer Mühe gerettet werden. Schnell wurden die Feuerwehren von Borbeck, Bergeborbeck und Frintrop und die Kruppsche, sowie die Wehr der Stadt Essen zur Hilfeleistung herbeigerufen. Die Feuerwehren begannen sofort ihre oft lebensgefährliche und schwere Arbeit. Ihre Hauptaufgabe war es jedoch, das Feuer von der katholischen Kirche und den anstoßenden Geschäfts- und Wohnhäusern fernzuhalten. Das Dach des Hauses des Wirtes Bahrenberg fing durch die weithin umherfliegenden Teile brennender Kleiderstoffe sowie brennender Holzstücke Feuer. Es konnte jedoch noch schnell im Keime erstickt werden. Die Wirtschaft wurde darauf polizeilich geschlossen. Das Dach des Hauses des Buchbindermeisters und Schreibwarenhändlers Richard Wagner hatte gleichfalls Feuer gefangen und brannte teilweise ab. Durch das einströmende Wasser wurde das ganze innere Haus derart beschädigt, daß Decken teilweise einstürzten und das Haus unbewohnbar geworden ist. Die Warenvorräte waren größtenteils in einen nahegelegenen Neubau geschafft worden. Ein Teil der Waren und sehr viele Möbel sind durch das Wasser und Feuer vernichtet worden. Außerdem wurde noch das nebenan liegende Geschäftshaus des Goldwarenhändlers Fürtges arg beschädigt. Der Turm der katholischen Pfarrkirche, gegen den die gewaltig emporschlagenden Flammen sich andauernd richteten, fing gleichfalls durch die umherfliegenden Funken Feuer. Doch hatte man hier durch Aufstellen mehrerer Feuerwehrleute im Glockenstuhl des Turmes Vorsichtsmaßregeln getroffen. Das Löschen an dem Turme war sehr schwierig, da das Wasser in Eimern noch oben geschafft werden mußte; es gelang aber doch glücklicherweise noch schnell. Das Löwensteinsche Geschäftshaus wurde ganz ein Raub der Flammen, nur das nackte Eisengerippe steht noch. Der Schaden der Firma Löwenstein ist dem Vernehmen nach mit über 300 000 Mk. nicht zu hoch geschätzt. Dieser Schaden sowohl wie der an den Nachbargebäuden ist durch Versicherung gedeckt.

Zu einem heiteren Zwischenfall kam es, wie die „Münchener A. Z." berichtet, kürzlich in einer Sitzung des bayerischen Landtages. Abg. Dr. Goldschmit ergriff zu folgender persönlicher Bemerkung das Wort: „Ich habe vorhin das Wort zitiert: „„Das sind die Weisen, — die durch Irrtum zur Wahrheit reisen,"" und habe das Wort in meiner Umbildung Goethe in den Mund gelegt. Herr Kollege Lerno hat mich berichtigen wollen und hat behauptet, das Wort stamme von Bodenstedt. (Heiterkeit.) Ich berichtige diese unrichtige Behauptung des Herrn Kollegen Lerno dahin, daß das Zitat aus den Vierzeilern von Rückert (große Heiterkeit) stammt, daß aber auch ein anderer Satz richtig ist, der lautet: „„Da streiten sich die Leut' herum — Wohl um den Wert des Glücks, — Der eine nennt den andern dumm — Am End' weiß keiner nix"". (Schallende Heiterkeit.) — Der Abg. Lerno ging auf den launigen Ton ein und erwiderte, er bekenne sich gerne mit als Sünder und sei bereit, mit dem Abg. Dr. Goldschmit „vom Irrtum zur Wahrheit zu reisen".

Erkrankung Edisons. Aus Neuyork wird dem „Berliner Tageblatt" gemeldet, daß die Freunde Thomas Edisons in großer Sorge sind. Der berühmte Erfinder mußte sich einer schweren Operation unterziehen, die zwar Linderung gebracht hat, vielleicht auch Heilung herbeiführen wird, aber wegen der Begleitumstände zu ernsten Befürchtungen Anlaß gibt. Edison ist, wie man weiß, seit Jahren schwerhörig, der chronische Mittelohrkatarrh, an dem er litt, nahm aber in den letzten Tagen wieder eine akute Form an und führte zur Abszeßbildung im Mittelohr. Da Edison schon vor drei Jahren eine Aufmeißelung des Warzenfortsatzes erdulden mußte, müssen die neuerlichen Eingriffe, die heftige Schmerzen und hohes Fieber bedingten, als sehr bedenklich bezeichnet werden.

„Ich bin ihm immer nahe gewesen bis zur letzten Nacht," erwiderte der Schreiber. „Ich umgab ihn wie sein böser Geist, und als er gestern nach Haus kam wie ein verdammter Teufel, wütend, den König verfluchend, der ihn betrogen, den Pater Petre mit den wildesten Verwünschungen bedeckend, Schaum vor dem Munde, rasend vor Grimm und doch feige voll Todesangst und Entsetzen, so feige, daß er selbst nicht einmal wagte, zum Wein zu greifen: wie ich ihn fluchen sah und beten zu gleicher Zeit, wie er umherlief wie ein Stier, der die Schlachtbank wittert, und dann wieder verlassen von aller Vernunft die Hände ringend und nach Rettung brüllend, da kam zum ersten Male die Freude in mein Herz. Ich hätte die Hände ausstrecken und ihn küssen mögen."

„Und doch entkam er Eurer Umarmung," sagte William.

„Im Abenddunkel, als die Feuer aufloderten, das Stürmen begann und das tobende Geschrei von Black-Friars Brücke herüben kam, war er plötzlich verschwunden," murmelte Wilkins.

„Seid Ihr sicher, daß er nicht versteckt war und verbrannte?"

„Völlig sicher, Sir. — Ich trat in sein Zimmer, als die Sturmbalken an das Tor donnerten. Ich wollte ihn nicht verlassen, nein, ich wollte dabei sein, wenn Gericht gehalten wurde, wollte sein Richter sein mit demselben Hohngelächter, das er so oft erschallen ließ, wenn seine Opfer vor ihm in Todeskrämpfen niederlagen. Aber er war fort. Da lag sein Rock, seine Perücke, der ganze Sammetplunder, nur der Mann fehlte, und in Verzweiflung stürzte ich durch das alte Haus, seinen Namen rufend, bittend, rasend, ohne ihn finden zu können."

„Dann ist er in einer Verkleidung durch irgend einen Keller oder eine Seitentreppe entkommen."

„So ist es, Herr, aber wo ist er? Er muß noch in London sein. Wo soll er hin? Auf jeder Landstraße würde er totgeschlagen."

Wilkins' Stimme stockte bei dem letzten Worte. Howe sah ihn still stehen, als sei er plötzlich erstarrt. Sie waren einem Bierhause gegenüber stehen geblieben, an dessen Fenster hinter den blinden Scheiben die schmutzige Gestalt eines Matrosen sichtbar wurde, über und über mit Kohlenstaub bedeckt, wie die Schiffer von Newcastle, und sein schwarzes Gesicht von einer Kappe halb versteckt. Der Schreiber zitterte am ganzen Körper, plötzlich aber stieß er einen wilden Schrei aus, und im vollen Lauf stürzte er auf das Haus zu, indem er den Namen Jeffreys mit aller Gewalt erschallen ließ.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

schweizerischen Arbeiterinnenverbandes. Dann folgt eine Information aus Paris über die dortigen Genossinnen. Eine eingehendere Berichterstattung unterrichtet über die Bewegung in Finnland und über die Verhältnisse in England. Neben dem Bericht der Genossin Krugh enthält die Broschüre aber auch noch Mitteilungen über die Unabhängige Arbeiterpartei in Großbritannien, über den Landesverband der englischen Frauengewerkschaften und über die Liga für Frauenarbeit in England. Dem schließt sich die Berichterstattung über die Nationalliga fortschrittlicher Frauen Amerikas an; dieser folgt eine Zuschrift des Aktionsausschusses des sozialdemokratischen Frauenverbandes in Schweden. Den Schluß des Werkchens bilden zwei Briefe, einer von der Herausgeberin von The Sozialist Woman in Chicago und einer von dem Nestor der sozialistischen Bewegung, Genossen Friedrich Leßner-London, den wir nachfolgend im Wortlaut wiedergeben:

Liebe Genossinnen! Wohl als ältester Veteran der internationalen sozialistischen Bewegung begrüße ich herzlichst die erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen. Ich sehe darin ein Stück mehr von der Verwirklichung jener großen Mahnung, die das Kommunistische Manifest vor mehr als dem halben Jahrhundert in die Welt hinausgerufen hat: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ Schon die alte revolutionäre Internationale hat sich an alle Proletarier, an alle Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts gewendet, und sie hat jederzeit in Wort und Tat die Interessen der Proletarierinnen und das Recht des weiblichen Geschlechts verteidigt. Die neue sozialistische Internationale setzt auch in dieser Beziehung das Werk fort, das ihre Vorgängerin begonnen hat. Es ist ein Zeichen des fortschreitenden Triumphes des revolutionären sozialistischen Gedankens, daß die Frauen beginnen wollen, sich international verbunden in Reih' und Glied des kämpfenden Proletariats zu stellen. Der Sympathie und tatkräftigen Unterstützung aller überzeugten Sozialisten können die Genossinnen bei ihrem Werke versichert sein. Wie die sozialistischen Parteien aller Länder immer klarer die Bedeutung einer zielbewußten proletarischen Frauenbewegung erkennen, so muß sich auch jeder einzelne Sozialdemokrat und Gewerkschaftler mit der Überzeugung durchdringen, daß es seine Pflicht ist, dahin zu streben, Weib und Tochter als treue Kampfesgefährtinnen zur Seite zu haben. Möge all das herrliche Beispiel lehren, das unser großer Karl Marx und seine Lebensgefährtin, die edle Jenny Marx, in der reinen und starken Kampfesgemeinschaft ihres Lebens gegeben haben. Ich bin überzeugt, daß die Verhandlungen und Beschlüsse der Konferenz recht viel dazu beitragen werden, den Lehren des internationalen Sozialismus unter den proletarischen Frauen aller Länder Anhängerinnen zu gewinnen und ein gemeinsames erfolgreiches internationales Vorgehen der Genossinnen anzubahnen. Mit den herzlichsten Wünschen für Eure Arbeit, liebe Genossinnen verbleibe ich in treuer Gemeinschaft des Zieles und Kampfes

Euer alter
Friedrich Leßner, London.

Kleines Feuilleton.

Kurzer Jahresbericht der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung über das Jahr 1907.

Das Jahr 1907 hat der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung ungemein große Fortschritte gebracht. Nachdem die Stiftung, die nur über ein sehr kleines Kapital verfügt und größtenteils auf Jahresbeiträge angewiesen ist, in den ersten Jahren nach ihrer 1901 erfolgten Begründung nur wenige Beitragende gefunden hatte, haben sich ihr im Jahre 1906 und in noch vermehrtem Maße 1907 zahlreiche neue Mitglieder angeschlossen, so daß die Zahl der Mitglieder in diesen beiden Jahren von etwa 1 000 auf etwa 6 500 gestiegen ist. Die Summe der Jahresbeiträge von Privatpersonen ist infolgedessen von etwa 7 000 Mk. auf etwa 14 000 Mk. im Jahre 1906 und nun 1907 auf 25 500 Mk. emporgeschnellt. Dazu kommen noch die Jahres-Beiträge von Körperschaften und Magistraten. Die Stiftung hat die ihr zufließenden Jahresbeiträge größtenteils zur Unterstützung kleiner, ländlicher Volksbibliotheken verwendet und dafür im letzten Jahre eine Summe von 33 864,32 Mk. ausgegeben. Dafür hat sie nicht weniger als 44 806 Bücher in 37 705 Bänden verteilen können. Außerdem hat sie 6 neue Bände ihrer bekannten „Hausbücherei“ gedruckt und hat von den schon früher erschienenen 21 Bänden dieser Sammlung nicht weniger als 17 in neuer Auflage herstellen müssen. Während früher die erste Auflage dieser Bücher auf je 5000 Exemplare bemessen wurde (an sich schon eine ganz stattliche Zahl), ist sie jetzt infolge des beständig steigenden Absatzes auf je 10 000 festgesetzt worden. Einzelne der früher erschienenen Bände sind bereits in 30 000, ja in 40 000 Exemplaren erschienen und zusammen mit ihren „Volksbüchern“, von denen die Stiftung 1907 10 neue Hefte druckte, hat sie bereits fast ¾ Millionen Bände herstellen können. — Der Kassenabschluß der Stiftung weist infolge dieser lebhaften Steigerung ihrer Tätigkeit und infolge der regen Entwicklung der Ortsgruppen-Abteilung, die überall Werbemittelpunkte für die Stiftung zu schaffen sucht, einen Gesamtbetrag von je 144 218,71 Mk. in Einnahmen und Ausgaben auf, wovon mehr als die Hälfte auf die Verlags-Abteilung entfällt, die, wie es scheint, sich zu einer nicht zu unterschätzenden Einnahmequelle entwickeln wird. Andererseits ist bedauerlich, daß das eigene Kapital der Stiftung noch immer erst 12 582,27 Mk. beträgt, so daß dessen Zinsen weniger als ein Drittel Prozent der Einnahmen ausmachen! Hoffentlich ersteht der Stiftung einmal ein Krösus, der diesem gemeinnützigen Unternehmen ein letztwilliges Vermächtnis zuwendet. Denn für das Jahr 1908 hat sie weitere große Pläne, und aller Voraussicht nach wird auch dieses neue Jahr eine starke Ausdehnung ihrer Tätigkeit mit sich bringen. — 1907 hat die Stiftung neben einem Einfamilienhause, das sie schon früher gemietet hatte, noch ein zweites beziehen müssen, weil die Zahl der Angestellten sich von 14 auf 28 vermehrte. Der Umkreis der Beziehungen der Stiftung macht es erklärlich, daß so viele Angestellte erforderlich sind: gibt es doch tatsächlich keinen einzigen Berufskreis, mit dem sie nicht in irgendwelcher Verbindung stände. Ein ausführlicher Jahresbericht ist in Vorbereitung. — Wir hoffen, daß es der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Großborstel auch in diesem Jahr gelingen möge, viele Tausende weiterer Mitglieder heranzuziehen — beträgt doch der kleinste Jahresbeitrag, für den noch ein Band der „Hausbücherei“ gewährt wird, nur 2 Mk. — und daß sie ihre hohe Aufgabe, unseren Dichtern durch Verbreitung ihrer Werke ein Denkmal in unser aller Herzen zu setzen und die schlechte Literatur durch Verbreitung guter Bücher zu bekämpfen, erfolgreich weiter betreibe! — Die Drucksachen der Stiftung sind von ihrer Verwaltung in Hamburg-Großborstel (Generalsekretär Dr. Ernst Schultze) unentgeltlich zu beziehen. Von ebendorther kann jedermann später unentgeltlich den ausführlichen Jahresbericht für 1907 erhalten; eine Postkarte, auf der dieser Wunsch ausgesprochen wird, genügt. Mitgliedern wird der ausführliche Bericht ohne weiteres zugehen.

Humoristisches.

Umgekehrt. Als ich noch Journalist war, mußte ich mich für einen Polizeikommissar ausgeben, nun, da ich Kommissar bin, muß ich mich Journalist nennen.

Die beste Methode. Werden wir ihn bald haben? — Ich denke schon. Hab' ich ihn doch als Anarchisten bei seinen Arbeitgebern, als Münzfälscher bei seinem Hauswirt und als Sodomist in seiner Nachbarschaft verdächtigt.

Der gefälschte Bericht. Unter zwei Jahren Gefängnis wird er kaum davon kommen. — Was läßt Du ihn denn Verfängliches sagen? — Dasselbe wie Briand, da er noch nicht Minister war.

Die Bombe. Sie meinen, daß sie Bomben bei sich versteckt haben. Sind Sie Ihrer Sache auch sicher? — Totsicher, ich hab' sie ja selber eingeschmuggelt.

L'Assiette au beurre: Die Herren von der Polizei.)

Im Bureau. Lehrling: „Herr Prinzipal, wie soll ich den Mahnbrief unterschreiben — mit „Hochachtend“ oder nur mit „Achtungsvoll“? — Chef diesmal können Sie noch schreiben „Hochachtend“, Setzen Sie aber gleich in Klammern dahinter: „zum letzten Male“!“

Die Hösling. „Was würden Sie tun, mein Lieber, wenn jemand Ihre Frau verführen würde?“ — „Das käme ganz darauf an, wer, Hoheit.“ („Simplicissimus“.)

Nachbarin: „Also ein kleines Brüderlein ist vorige Woche bei euch angekommen . . . wie heißt es denn?“

Lenerl: „Mama heißt es süßer Engel, und Papa heißt es Schreitritz, verflixter.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Wöchentliches
Unterhaltungsblatt des Lübecker Volksboten.

Nr. 8. Mittwoch, den 26. Februar 1908.

Ein törichter Mensch.

Erzählung aus dem Arbeiterleben von Karl A. Meyer.

Michael Huber schmückte sich zur Kirchenparade. Er setzte den Helm aufs Haupt und ließ sich von seiner Frau die Bürste reichen. Dann striegelte er an sich herum, und die geübten Finger seiner Frau unterstützten ihn, indem sie geschäftig jedes sichtbare Stäubchen und Fädchen, das sich auf dem schwarzen Tuch der Uniform sehen ließ, entfernte. Michael Huber war stattlich anzusehen in seiner Uniform.

Er trug sie nun bereits an die zwanzig Jahre. Er trug sie seit jener großen Enttäuschung, die ihm damals widerfahren, als er bei der Musterung zum Heeresdienst für dauernd untauglich befunden wurde. Das hatte ihm recht weh getan, und nur schweren Herzens hatte er sich ins Unvermeidliche gefügt. Er hätte so gern, wie er sich ausdrückte, dem Vaterland seine Dienste geweiht. Da das nun nicht sein konnte, seine Vorliebe für das Militärische und für die Uniform aber eher noch mächtiger sich in ihm regte, hatte er sich als Mitglied der freiwilligen Feuerwehr seines Ortes gemeldet. Die hatten ihn brauchen können; dort war er aufgenommen worden. Und er konnte in seiner Uniform Staat machen! Er machte auch reichlich Gebrauch davon. Zwar nicht in Ausübung praktischer Tätigkeit; dazu wurden die Mannschaften der freiwilligen Feuerwehr fast gar nicht herangezogen, denn die Stadt verfügte über ein starkes Berufsfeuerwehrsystem; das machte die freiwillige Hilfe eigentlich überflüssig. Aber die vielen Paraden und Feste und die vielen sonstigen Veranstaltungen, als Übungen, Aufzüge usw., an denen man sich sehen lassen durfte — fürwahr, Michael war in seiner Eigenschaft als Feuerwehrmann wie in einen zweiten Beruf hineingewachsen. Und an Berufseifer tat es ihm keiner gleich.

War er früher neben seinem Wohlgefallen an buntem Tuch, zum Teil auch aus berechnendem Interesse der Sache beigetreten — denn sein Prinzipal, bei dem er in Arbeit stand, war Vorsitzender des Verbandes, und indem er dessen Liebhabereien zu den seinigen machte, hoffte er, sich in die Gunst des Fabrikanten zu stellen, um auf diese Art Vorteile in der Arbeit für sich zu erringen, dadurch über seine Mitarbeiter emporzukommen — jetzt war er dieser kleinen Gedankenwelt entwachsen. Er fühlte sich stolz als Teil jener großen Gemeinschaft, die im Ernstfalle berufen ist, mit ihrer Kraft dem Vaterland im Kampf gegen den Umsturz behilflich zu sein. Dazu kam die Wonne der Gemeinsamkeit des Denkens mit hohen Herrschaften und die Wollust, bei Festlichkeiten sogar Offizieren die Hand drücken zu dürfen . . .

Michael Huber war, dank seiner famosen Anpassungsfähigkeit an über ihm Stehende, seinem Kreise, dem er wirtschaftlich angehörte, völlig entrückt. Er hatte für alle, die anders dachten als er, nur Verachtung. Doch eines schmerzte ihn: daß er aus den Verhältnissen nicht herauskonnte, in die er seiner ganzen Gesinnung nach nicht hineinpaßte, aus den wirtschaftlichen Verhältnissen des Proletariers. Er war ein einfacher Handarbeiter, und sein Lohn war derart, daß seine Frau einen guten Teil mit hinzuverdienen mußte, wenn sich beide regelmäßig sattessen wollten. — —

Während er jetzt, nachdem er sich angekleidet, seinen Kaffee trank, wie er gewöhnt war, ehe er fortging, erzählte ihm seine Frau das Neueste, was ihr begegnet. Als sie gestern zum Spezereiwarenhändler Kiepler gegangen, hatte sie die interessante Beobachtung gemacht, wie die Austrägerfrau dem Ladenbesitzer die sozialdemokratische Zeitung ins Haus brachte. Sie habe darauf mit dessen Frau gesprochen und ihr angekündigt, daß sie auf ihre fernere Kundschaft nicht mehr zu rechnen brauche. Das könne sie sich doch auf keinen Fall bieten lassen!

Huber nickte mit dem Kopf. Sehr bedachtsam. Doppelt bedachtsam mußte er nicken, weil er die Hälfte der Aufmerksamkeit seinem Helm zuzuwenden hatte, der ihm bei lebhaftem Kopfnicken über die Stirn hereinzurutschen pflegte.

„Hat der Fischer drüben zu dir wieder mal was von seinem sozialdemokratischen Verband hören lassen?“ fragte er darauf seine Frau. Er meinte mit dem „Fischer drüben“ seinen Stubennachbar, der auch zugleich sein Arbeitskollege war, aber im Gegensatz zu ihm sozialdemokratische Ansichten vertrat. Fischer hatte dem Huber oft zugeredet, der gewerkschaftlichen Organisation beizutreten. Aber mit erhabenem Lächeln hatte dieser immer abgewehrt. Er habe seine Lebensstellung und das genüge ihm. Mehr brauche er nicht. Im übrigen habe er hohe Verbindungen, die sich mit Vaterlandslosigkeit nicht vertrügen.

Auch jetzt auf seine Frage konnte ihm seine Frau zur Antwort geben, daß die Fischern sie erst gestern wieder auf der Treppe angehalten und ihr geraten habe, doch auf Huber einzuwirken. Die Fabrik stehe schlecht, hätte sie gesagt, und bald könne der Krach folgen. Sie wisse es aus sicherer Quelle.

„Wie — was?“ fragte eifrig der Mann. Denn das Gerücht war ihm nicht bekannt; er hatte bereits Ähnliches munkeln gehört.

„Nun, die Fischern sagte, daß die Fabrik „alle würde“, daß sie einginge“ —

„Quatsch, Quatsch, alter Weiberquatsch!“ polterte der Huber, rückte hastig seinen Gurt zurecht und verließ die Stube. —

„Sammeln in der „Dreikönig-Schenke“, lautete die Parole für den heutigen Sonntag, „dann unter Führung des Kommandos Aufmarsch zur Kirchenparade“.

* * *

Als drei Wochen später die Hälfte der Sieberschen Arbeiter entlassen und dem anderen Teil der Bescheid gegeben wurde, daß sie nur noch vier Wochen beschäftigt werden könnten, befand sich Michael Huber unter den zuerst Entlassenen . . .

Wie seine Uniform, die am Nagel hing, verknittert, zusammengedrückt und leer, armselig in ihrer langweiligen Verlassenheit, so hockte Huber auf seinem Stuhl. Alle seine bunten Gedanken von Händeschütteln mit Höhergestellten, von Paradefestlichkeiten und Kameradschaft waren zerstoben wie Seifenblasen. Leer, leer war für ihn die Welt. Niemand kümmerte sich um ihn. Die ihm vordem Freunde gewesen waren, kannten ihn kaum noch, da er nicht mehr wie sie mitmachen konnte. Seine Frau hatte den Groll gegen den Krämer Kiepler längst vergessen. Um ihre Sachen von ihm einzuholen, benutzte sie jetzt die Gelegenheiten, wenn im Laden keine Käufer waren. Da schrieb der Ladner den Preis von dem, was sie kaufte, in ein kleines Büchel . . .

Keine Arbeit, keinen Verdienst. —

„Ja, der Fischer drüben —“, seufzte der Huber, wenn jener am Wochenschluß aufs Verbandsbureau ging, um sich die Arbeitslosenunterstützung zu holen — „ja, der Fischer drüben hat's gewußt, was recht ist.“

Orthopädisch-gymnastische Spielkurse für Kranke und zurückgebliebene Schulkinder, eine Pflicht der Gemeinden.

Von Dr. med. Wilh. Kühn, Leipzig.

(Nachdruck verboten.)

Daß auf die Pflege der Leibesübungen unserer heutigen Jugend noch mehr Sorgfalt gelegt werden muß, als das bis jetzt geschehen ist, wird allgemein von den Ärzten und Lehrern anerkannt, und es wird immer und immer wieder auf die Gefahr hingewiesen, die aus der fortgesetzten Vernachlässigung der Körperpflege für die ganze Nation erwachsen muß. Von großem Segen in dieser Beziehung ist die Einrichtung der Schulärzte, weil dadurch sehr viele Schäden, auf die sonst nicht geachtet würde, aufgedeckt werden. Ferner hat der Verein zur Förderung von Volks- und Jugendspielen ein wesentliches Verdienst, daß auch außerhalb der Schulzeit für eine gesundheitsgemäße Bewegung der Jugend gesorgt wird. Wie Dr. Herbst in Barmen im „Zentralblatt für allgemeine Gesundheitspflege“ auseinandersetzt, ist man in dieser Stadt noch einen Schritt weiter gegangen. Es ist

klar, daß alle diese Bestrebungen dem Teil der Schuljugend wenig zugute kommen, der aus kranken und schwächlichen Kindern der unteren Jahrgänge besteht, weil solche eben um ihrer Jugend oder ihres Leidens willen nicht in der Lage sind, an den für die Allgemeinheit berechneten Veranstaltungen teilzunehmen. Man muß sich damit begnügen, solche in eine Ferienkolonie zu schicken, was aber auch seine Schwierigkeit hatte, weil einmal die Verwaltung der Ferienkolonien die kleineren Schulkinder nicht gern aufnehmen will, da sie einer weit größeren Aufsicht und Wartung bedürfen als die älteren und weil ferner bei dem Kinderreichtum der Großstadt, auch Barmen, nur eine sehr beschränkte Anzahl dieser Wohlfahrtseinrichtung teilhaftig werden konnte.

Um diesen Übelständen abzuhelfen, hat Dr. Herbst einen Ausweg ergriffen, der auch für andere Städte wohl in Erwägung zu ziehen ist, nämlich die Schaffung eines orthopädisch-gymnastischen Spielkursus für kranke und zurückgebliebene Schulkinder jüngeren Alters. Bei der Auswahl der Kinder wurden hauptsächlich solche berücksichtigt, die in ihrer körperlichen Entwicklung zurückgeblieben waren und an Skrofulose, Blutarmut, Erkrankungen der Luftwege oder Verkrümmungen der Wirbelsäule litten. Bei letzteren handelt es sich in erster Linie um seitliche Verkrümmungen, seltener um Buckelbildungen. Namentlich wurde auf die Anfangsstadien, die am entkleideten Körper deutlich wahrgenommen werden konnten, geachtet, wenngleich bei einigen auch die Verkrümmung bereits recht erheblich vorgeschritten war. Bei Affektionen der Luftwege wurden Kinder mit akuten fieberhaften Erkrankungen ausgeschlossen und ebenso wenig Tuberkulöse zugelassen. Von den mit chronischen Katarrhen der Lungen Behafteten bevorzugte man die erblich Belasteten.

Der Kursus fand vom Monat Mai 1907 ab an fünf Nachmittagen in der Woche je zwei Stunden lang statt; die Anzahl der Teilnehmer war eine beschränkte und ging nicht über 30 hinaus, wie man auch im großen und ganzen das Alter von 7—9 Jahren nicht überschritt. — Was die Übungen anbetrifft, so sagt schon die Bezeichnung der Kurse als orthopädisch-gymnastische Spielkurse, daß sie etwas anderer Art als beim gewöhnlichen Turnunterricht sein müssen, wenngleich dieser zugrunde zu liegen hat. So zeigt sich z. B. eine Abweichung in bezug auf die Marschübungen darin, daß die Stäbe auf dem Rücken in den Ellenbogenbeugen zum Zwecke der Geradehaltung ruhen und bei den Stabübungen an den Stäben Zugübungen verschiedenster Art vorgenommen wurden. Für Kinder mit seitlichen Rückgratsverkrümmungen wurden Kriechübungen eingeführt, und außerdem legte man besonderen Wert auf Atemgymnastik und Spielübungen.

Ein besonderer Vorzug bestand in der Verabreichung eines Vesperbrotes von einem halben Liter Milch und einem Weißbrot, wofür von wohlhabenderen Eltern die Auslagen zurückerstattet werden mußten. Auch erhielten die Übenden zwei Mal in der Woche in einer der städtischen Badeanstalten in Barmen ein lauwarmes Brausebad. — Der Übungsplatz selbst darf nicht zu weit von der Stadt entfernt liegen, muß aber doch abgelegen sein und sich schließlich nicht zu weit von einer Behausung befinden, damit die Kinder einen Zufluchtsort bei schlechtem Wetter haben. Dr. Herbst tritt dafür ein, daß er zur Hälfte aus Wald und zur Hälfte aus Wiese besteht. — Eine geeignete Persönlichkeit als Leiter zu finden, ist heute bei der ausgezeichneten Ausbildung unserer Turnlehrer nicht allzuschwer.

Die Hauptfrage bei solchen Kursen ist natürlich die, wie die praktischen Ergebnisse ausgefallen sind, und danach muß es sich auch richten, ob man diese Neueinrichtung für andere Gemeinden empfehlen kann. Wir müssen sagen, daß wir überrascht waren, als wir solche aus den Ausführungen von Dr. Herbst kennen lernten. — Zunächst konnte bei allen Kindern eine Gewichtszunahme festgestellt werden, und zwar im Durchschnitt von ca. 12 Proz. des Körpergewichts, d. h. mehr, als Kinder des gleichen Alters bei guter Ernährung in dem nämlichen Zeitraum zuzunehmen pflegen. Ferner läßt eine durchschnittliche Umfangszunahme des Brustkorbes von 3,1 Zentimeter erkennen, welchen Einfluß die Übungen auf die Atmungsorgane gehabt haben. Dem entspricht auch, daß die Ausatmungs- und Einatmungsdifferenz während der fünf Monate, in denen die Atmung gymnastisch betrieben wurde, um 2,1 Zentimeter gewachsen ist. Wir brauchen uns daher nicht zu wundern, daß die krankhaften katarrhalischen Erscheinungen der Lungen auch bei erblich belasteten Kindern vollständig schwanden. — Die vorhandenen skrofulösen Erscheinungen, fühlbare geschwollene Lymphdrüsen am Halse usw., gingen ziemlich ganz zurück. — Die Kräftigung der Muskulatur der Unter- und Oberarme war nicht ganz unbedeutend, und dieser Muskelstärkung entspricht es auch, daß die seitlichen Wirbelsäulenverkrümmungen ziemlich vollständig schwanden. — Hand in Hand mit der besseren Ernährung des Körpers wurde die Blutarmut mancher Kinder erfolgreich bekämpft, und das Allgemeinbefinden machte während der fünf Monate große Fortschritte. Die häufigsten Beschwerden, über die die Kinder klagten, waren Kopfschmerzen, Appetitlosigkeit, Mattigkeit. Dazu kamen verschiedene nervöse Symptome, Verdauungsstörungen, Herzbeschwerden (infolge von Blutarmut) und Neigung zu Katarrhen der Luftwege. Von allen diesen waren nach Beendigung des Kursus nichts mehr vorhanden. Die Kinder waren frisch und fröhlich und konnten die 2 Stunden langen Übungen ohne die geringsten Zeichen der Ermüdung ertragen. Nachher entwickelten sie einen beneidenswerten Appetit. — Ein Rückschritt in den Gesamtleistungen der Schule wurde bei keinem Kinde bemerkt, wohl aber bei einigen ein ganz bedeutender Fortschritt.

Zum Schluß berührt Herbst die Frage nach den Kosten. Die Ausgaben sind um so geringer, je größer die Zahl der Teilnehmer und je kürzer die Dauer des Kursus ist. Nach den bisherigen Erfahrungen können bis zu 50 Kinder gleichzeitig daran teilnehmen, und als Zeitraum erscheint ein halbes Jahr mit wöchentlich vier Nachmittagen zu je einer halben Stunde genügend, aber auch notwendig. Von diesem halben Jahre sind fünf freie Wochen abzurechnen, sodaß also 21 Übungswochen oder 84 Tage übrig bleiben. Für diese Zeit setzt sich der Kostenpunkt zusammen aus Gehalt für den Leiter, Schaffung der Nahrungsmittel und Anzahlung und Amortisation von Geräten. Was zunächst das Gehalt für den Lehrer anbetrifft, so wird als Kostenpunkt für das einzelne Kind 8 Mark gerechnet. Das Vesperbrot kommt an 84 Tagen abgerundet auf 12 Mark, während die Ausgaben für die Geräte, je nachdem was man anschafft, sehr verschieden sein können. Wenn man 300 bis 400 Mark anwendet, so ist das schon ein sehr ansehnlicher Betrag, denn man kann einschließlich einiger Unkosten für Arbeiten auf dem Übungsplatze schon mit 150 Mark auskommen. Wenn man eine Ausdauer der Apparate für acht Jahre annimmt, so würde das pro Kind eine Mark betragen. Die Gesamtkosten für jeden Teilnehmer würden also im Höchstfalle 21 Mark ausmachen. Wir befinden uns mit Dr. Herbst ganz im Einverständnis, wenn dieser die Behauptung aufstellt, daß für einen geringeren Preis ein größerer gesundheitlicher Nutzen für Schulkinder im niederen Lebensalter wohl nicht zu erreichen ist.

Nicht nur für weniger leistungsfähige Gemeinden, die garnicht oder nur in bescheidener Weise in der Lage sind, ihren Kindern den Vorteil von Ferienkolonien zu gewähren, bilden diese orthopädisch-gymnastischen Spielkurse einen guten und billigen Ersatz, sondern auch wohlhabenderen Kommunen dienen sie zur Entlastung und Ergänzung der Ferienkolonien, sodaß wir es unbedingt als eine Pflicht der Gemeinden betrachten müssen, diesen in Barmen gemachten Erfahrungen näher zu treten.

Hafeneinfahrten bei Nebel.

Der schlimmste Feind des Seemanns, weit mehr gefürchtet als Wind und Wellen, ist der Nebel, und die Technik hat seit langem ihren Scharfsinn aufgeboten, die Schiffahrt gegen die Gefahren des Nebels zu schützen. Alles, was bisher in dieser Hinsicht geleistet worden ist, kann durchaus noch nicht als ausreichend gelten, wie die immer sich erneuernden Unglücksfälle zeigen. Es liegt nicht gerade eine Statistik darüber vor, wieviel Schaden an Hab und Gut und Menschenleben durch den Nebel allein im Kanal angestiftet wird, aber die Ziffern dürften recht bedeutende sein. Bei dickem Nebel versagen zunächst alle sichtbaren Signale, und es war selbstverständlich, daß man zu ihrem Ersatz auf akustische Hilfsmittel verfiel, deren älteste Vertreter die Nebelhörner oder Sirenen sind, mit denen heute jedes größere Schiff ausgestattet ist. Diese Signale sind im Laufe der Jahre sehr verbessert worden, aber ihre Unzulänglichkeit hat sich in einer Hinsicht nicht überwinden lassen, nämlich darin, daß die Richtung, aus der ein solches Signal kommt, nicht genau festgestellt werden kann, so daß die Gefahr des Zusammenstoßes nur bis zu einem gewissen Grade vermindert wird. Die meiste Aussicht auf einen wirklichen Erfolg bieten jedenfalls die zuerst von dem Amerikaner Gray vorgeschlagenen untermeerischen

Signale in Verbindung mit elektrotechnischen Empfangsapparaten. Gray benutzte für seine ersten Versuche eine Glocke, und man ist seitdem wohl auch bei solchen Schallerzeugern stehen geblieben. Der wesentliche Punkt dieser technischen Neuerung besteht darin, daß sie die Möglichkeit gewähren soll, an Bord eines Schiffes in jedem Augenblick feststellen zu können, ob ein solches Glockensignal von der Backbord- oder von der Steuerbordseite kommt. Falls zwei Schiffe, die beide mit solchen Signalglocken ausgestattet sind, im Nebel aufeinander zu fahren im Begriff sind, so wird es ihnen bei fortgesetzter Tätigkeit der Glocken möglich sein, einander mit Sicherheit auszuweichen, auch wenn sie sich gar nicht zu sehen bekommen. Es ergibt sich von selbst, daß die gleiche Einrichtung auch für Hafeneinfahrten von der größten Wichtigkeit sein und solche Unglücksfälle, wie sie jetzt wieder an der holländischen Küste vorgekommen sind, in sehr vielen Fällen verhüten würde. Zu diesem Zweck müßten Signalglocken unter Wasser zunächst an den beiden Molenenden angebracht und bei unsichtigem Wetter in dauerndem Betrieb sein. Die Empfangsapparate, die auf den Schiffen vorhanden sind, bestehen im wesentlichen in Telephonen mit großen Schalltrichtern, die zu beiden Seiten der Schiffswand bis zu bestimmter Tiefe ins Wasser herabhängen. Von diesen Telephonen werden die untermeerischen Signale aufgenommen und zu einem Raum an Bord geführt, wo die Signale von einem Beobachter in Empfang genommen werden. Es ist klar, daß die Signale der beiden Glocken an den Molenenden einer Hafeneinfahrt auf einem Schiff nur dann von Steuerbord und Backbord mit gleicher Stärke wahrzunehmen sein werden, wenn sich der Schiffsrumpf genau in die Richtung auf die Mitte der Verbindungslinie zwischen den beiden Glocken einstellt, das heißt mitten auf die Hafeneinfahrt zwischen den beiden Molen. Bei längeren und gewundenen Einfahrten können solcher Glockenpaare mehrere auf die Länge der Strecke verteilt werden, damit jede etwa gefährliche Stelle dadurch gesichert wird. Zur praktischen Durchführung solcher Anlagen, die sich bei den Versuchen durchaus bewährt haben sollen, würde nirgend so viel Bedürfnis und Gelegenheit gegeben sein, wie in den Häfen an den Küsten des Kanals und auf den Schiffen, die in ständigen Fahrten den Verkehr über den Kanal vermitteln.

Für unsere Frauen.

Sozialistische Frauenbewegung.

Nicht nur in Deutschland, auch in anderen Ländern haben unsere Genossinnen den Kampf zur Eroberung politischer Rechte aufgenommen, überall gilt die Parole: Volles Staatsbürgerrecht für Männer und Frauen.

Der Schweizerische Arbeiterinnenverband hat den Antrag gestellt, die Sozialdemokratie solle auf dem nächsten Parteitage die Frage des Frauenstimmrechts als besonderen Punkt der Tagesordnung behandeln. Diesem Antrage haben sich die gesamten Gewerkschaftsverbände auf einer zu Oltenhammer abgehaltenen Konferenz angeschlossen. Die Genossinnen haben auch bereits zahlreiche Versammlungen abgehalten, um für ihre Forderung Propaganda zu machen und sie fanden dabei fast überall lebhafte Unterstützung der Genossen. Bedauerlich ist, daß das nicht als selbstverständlich gilt und noch als erwähnenswert beachtet werden muß.

In Böhmen ist die Bewegung bereits so erstarkt, daß die Genossinnen dazu übergegangen sind, das Organ „Zensky List" (Frauenblatt) ab 1. Januar wöchentlich erscheinen zu lassen. Wie bereits mitgeteilt, ist zu den in diesen Tagen stattfindenden Wahlen zum böhmischen Landtag auch eine Genossin (Klara Mach) als Kandidaten aufgestellt. — Die Meldung, Genossin Steiner sei Kandidatin, war falsch. — Genossin Mach ist Redakteurin der tschechischen sozialdemokratischen Frauenzeitung. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei in Böhmen, welche eine Kandidatin zum Landtage aufgestellt hat. Die „Realistische Partei" hat versprochen, für die weibliche Kandidatur einzutreten. Die Junker- wie die Bourgeoisblätter toben entrüstet über das Vorgehen der Sozialdemokratie, doch ist kein Zweifel, daß es dieser zumal unter den Proletarierinnen viele neue Anhängerinnen werben wird. Die tschechische und deutsche Sozialdemokratie sind durch einen gemeinsamen Wahlaufruf, bekundend, daß die Solidarität des Proletariats über die nationalen Unterschiede geht, in den Wahlkampf eingetreten.

Wie die „Wiener Arbeiter-Zeitung berichtet, ist die Kandidatur der Genossin Mach nicht bloß als Demonstration gedacht, sondern ernst gemeint und vertritt unser Bruderorgan den Standpunkt, daß nach der Verfassung den Frauen das passive Wahlrecht zusteht.

Das neugegründete englische Sozialistische Frauenbureau hat neulich seine monatliche Versammlung abgehalten. Vertreterinnen der Gesellschaft der Fabier, der Adult suffrage Society (Verein für das Wahlrecht aller Großjährigen) und der Frauenkreisverein der Sozialdemokratischen Föderation nahmen an ihr teil. Es wurde beschlossen, einstweilen das Organ der amerikanischen Genossinnen „The Socialist Woman" (Die Sozialistin") als Organ zu benutzen.

Auch in Holland wird der Vormarsch der Frauen durch umfangreiche Agitation in der Presse markiert. Das Organ des sozialdemokratischen Frauenbundes, die „Proletarische Vrouw" erscheint jetzt alle 14 Tage in größerem Format. Monatlich einmal wird im „Het Volk", dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, den Genossinnen Raum für Berichte über den Stand der proletarischen Frauenbewegung zur Verfügung gestellt. Außerdem können diese im Zentralorgan Artikel über Fragen veröffentlichen, welche die Interessen der Frauen besonders berühren.

Der Frauenverband der norwegischen Arbeiterpartei — „Arbeiderpartiets kvindeforbund" — der aus politischen und gewerkschaftlichen Frauenvereinen besteht, hielt am 16. Februar im Volkshause zu Kristiania seine Jahresversammlung ab. Es waren 60 Vertreterinnen von 14 Vereinen, außerdem 16 Vorstandsmitglieder anwesend. Der Frauenverband hat sich im verflossenen Jahre stark entwickelt. Die Mitgliederzahl ist von 300 auf 700 gestiegen; 6 neue Vereine haben sich dem Verbande angeschlossen, und zwar 3 Fachvereine und 3 politische. Soweit die bescheidenen Mittel ausreichten, ist im ganzen Lande eine lebhafte Agitation entfaltet worden. Es zeigt sich denn auch, daß das Verständnis für den Wert der Organisation unter den Frauen der Arbeiterklasse beständig wächst. Die Fachvereine der Arbeiterinnen haben an Mitgliedern stark zugenommen und politische Frauenvereine sind in Kristiania allein in vier Wahlkreisen gebildet worden. Das Verlangen nach weiblichen Referenten tritt so stark hervor, daß die geschulten Kräfte oft nicht ausreichen, und der Verbandsvorstand hat deshalb beschlossen, eine Referentenschule für Frauen zu errichten. Der Verband hat, wo es möglich erschien, die gewerkschaftliche Organisation durch Veranstaltung von Arbeiterinnenversammlungen gefördert, neue Fachvereine ins Leben gerufen und für Stärkung der bereits bestehenden gesorgt. Zu den Kommunalwahlen wurde ebenfalls eine lebhafte Agitation entfaltet, und am 17. Mai, dem Verfassungsfest, veranstaltete der Verband große Demonstrationszüge für das allgemeine Frauenwahlrecht. Diese Forderung wurde auch dem Storthing, dem norwegischen Reichstag, zugestellt. — Leider ist ja dann das politische Frauenwahlrecht mit derselben Beschränkung eingeführt worden, wie im Jahre 1901 das Kommunale, nämlich abhängig von einer Steuerleistung für mindestens 300 Kronen Jahreseinkommen auf dem Lande, 400 Kronen in den Städten. — Der Verband wird auch in Zukunft seine Agitation für das wirklich allgemeine Frauenwahlrecht fortsetzen. Ferner beschloß die Jahresversammlung, für die Gründung eines Verbandes der Arbeiterinnenfachvereine zu sorgen und wählte zu diesem Zweck ein Komitee von 11 Mitgliedern. Sodann wurde der Beschluß gefaßt, eine stärkere Agitation als bisher für den Anschluß der Arbeiterfrauen an die Genossenschaften zu entfalten. Außerdem wurde dem Verbandsvorstand der Auftrag erteilt, für die Gründung eines eigenen Organs der Frauenorganisationen zu sorgen.

Als Verbandsvorsitzende wurde Frau Martha Tynds, Kristiania, einstimmig wiedergewählt.

Aus der internationalen Frauenbewegung.

Bereits vor Stattfinden der ersten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen hatte die Genossin versucht, durch Einforderung von Berichten ein Bild über die Entwickelung der sozialistischen internationalen Frauenbewegung zu gewinnen. Teilweise sind die Berichte aber erst nach der Stuttgarter Tagung eingegangen. Die Zentralvertrauensperson hat nun, um allen denen, die sich für die Gesamtbewegung interessieren, das Material zugänglich zu machen, dieses in einer Broschüre zusammenstellen lassen, und zwar hat sich die Genossin Zetkin dieser dankenswerten Aufgabe unterzogen. Die zum Preise von 10 Pfg. von der Genossin Baader zu beziehende Broschüre „Berichte für die Erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen" enthält zunächst den eingehenden Bericht über die Entwickelung der Frauenbewegung in Deutschland. Dann folgt eine Schilderung der Arbeiterinnenbewegung in Österreich. Hierauf kommen Berichte aus Belgien, Holland über die Entwickelung des Näherinnenvereins in Amsterdam und des